

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 119 44

Berlin, den 1. Februar 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Kundgebung des Gesamt-Verbandes zur Lage der öffentlichen Wirtschaft

Der Gesamt-Verband als die berufene gewerkschaftliche Interessenvertretung der in öffentlichen Diensten tätigen Arbeitnehmer fühlt sich verpflichtet, zu den großen akuten Streitfragen über die öffentliche Wirtschaft und Verwaltung durch diese Entschliebung Stellung zu nehmen. — Die Zahl der Arbeitslosen hat trotz des milden Winters den Stand des Vorjahres bereits überschritten. Die Lage der deutschen Gesamtwirtschaft hat einen bedrohlichen Charakter angenommen. Diese Entwicklung ist wesentlich mitverschuldet durch die schwere Krise, in die die öffentliche Wirtschaft systematisch hineinmanövriert worden ist, und die zu einer Einschränkung der öffentlichen Arbeiten gezwungen hat. In dem letzten Jahre haben allein die kommunalen Körperschaften an die Privatwirtschaft Aufträge in Höhe von etwa 5 Milliarden Mark vergeben. Dazu kommen die Aufträge von Reichs- und Landesbehörden an die Privatwirtschaft, die etwa 3,5 Milliarden Mark betragen haben dürften. Eine Veränderung in diesen Ausgaben muß die schwersten Folgen für alle von diesen Aufträgen zum Teil lebenden Industriezweige haben. Die Einschränkung der Auftragsvergebung der Gemeinden muß den Arbeitsmarkt noch stärker belasten als bisher. Das Interesse der Gesamtwirtschaft an einer Entlastung des Arbeitsmarktes erfordert vielmehr eine Verstärkung der öffentlichen Aufträge, unter Umständen mit Hilfe des Vorriffs auf die Mittel des nächsten Haushaltsjahres. Hunderttausende von Arbeitslosen könnten auf diesem Wege wieder in den Produktionsprozeß eingereiht werden.

Es ist ein Verbrechen wider die gesamtwirtschaftliche Rationalität, wenn in diesem Augenblick das deutsche Finanzkapital zu einem großen Schlag gegen die öffentliche Wirtschaft ausholt, die gerade jetzt dazu berufen wäre, ein weiteres Absinken der Konjunktur zu verhindern. Die Privatindustrie hat die

Parole der Entkommunalisierung

ausgegeben und fordert von den öffentlichen Betrieben die Hergabe der Substanz. Auf der ganzen Linie hat der Ansturm der inländischen und ausländischen Finanzgruppen auf die öffentlichen Betriebe eingesetzt. Ausländische Geldgeber knüpfen an die Hergabe von Kapital immer häufiger die Bedingung der Beteiligung an öffentlichen Unternehmungen.

Die Gefahr eines Ausverkaufs der deutschen öffentlichen Wirtschaft

an private in- und ausländische Kapitalgruppen ist in unmittelbare Nähe gerückt. Das Hauptangriffsobjekt in dieser Kampagne bilden die werbenden Betriebe der Kommunen mit ihren günstigen Entwicklungsaussichten und ihren hohen Gewinnchancen. (Die kommunalen Werke bestreiten heute mit ihren Ueberschüssen fast ein Fünftel des gesamten kommunalen Zuschußbedarfs.) Seit Jahren hat das Privatkapital diese Krise durch eine systematische Unterhöhlung der kommunalen Finanzwirtschaft herbeizuführen versucht. Die Expansion und Rationalisierung der öffentlichen Unternehmungen erforderte naturgemäß hohe Kapitalsummen, die auf dem durch die Reparationslasten aufs stärkste eingeeengten inländischen Kapitalmarkt nicht allein beschafft werden konnten. Seit Jahren ist aber die öffentliche Wirtschaft durch die unter dem Einfluß des Reichsbankpräsidenten Schacht stehende „Beratungsstelle für Auslandsanleihen“ an der Aufnahme von ausländischen Anleihen behindert worden. Die Gemeinden waren

baher gezwungen, Geld auf dem Inlandsmarkt zu einem ständig steigenden Zinsfuße und im wachsenden Umfange kurzfristig aufzunehmen. Die Gesamtsumme der kurzfristigen Verschuldung der Städte beträgt heute etwa 1,6 Milliarden Mark, nicht eingerechnet die gleichfalls hohe kurzfristige Verschuldung der als Kapitalgesellschaften geführten kommunalen Betriebe. Damit hat das Privatkapital sein Ziel erreicht. Die Kommunen sind in eine Zwangslage hineingedrängt worden. Sie mußten sich entschließen,

den kommunalen Investitions- (Kapitals-) Bedarf zu drosseln

und alle in der nächsten Zeit verfügbar werdenden Anleihemittel zur Konsolidierung der schwebenden Schuld zu verwenden. Der Wirtschaft als Ganzes drohen heute von dieser Einschränkung der öffentlichen Arbeiten auf dem Gebiete des Wohnungsbaues, der Energie- und Verkehrswirtschaft die allergrößten Gefahren.

Die Investitionskonjunktur erhält heute ihren wichtigsten Antrieb von der Wirtschaft der öffentlichen Hand.

Erhaltung und Ausbau der öffentlichen Wirtschaft bedeutet produktive Erwerbslosenfürsorge

Die zehrende Not unserer Arbeitslosen kann in wirkende Kraft verwandelt werden, wenn der Investitionsdrosselung bei den öffentlichen Arbeiten Einhalt geboten wird. Das gesamtwirtschaftliche Interesse erfordert deshalb in erster Linie eine bessere Kapitalarüstung der öffentlichen Werke, eine größere finanzielle Bewegungsfreiheit der Kommunen.

Wichtigstes Erfordernis ist die Erleichterung der Finanzlage der Kommunen durch die Freigabe des Anleihe-marktes und entsprechende Aenderung der Befugnisse der Beratungsstelle. Durch die Entschließung des Deutschen Städtetages, weitgehende Selbstkontrolle der Gemeinden durchzuführen, haben die Kommunen bewiesen, daß sie den Willen haben, sich selbst Beschränkungen aufzuerlegen. Auch die vergangenen Jahre bestätigen, daß das Schlagwort von den Luxusausgaben der Städte den Tatsachen nicht entspricht. Für die vielberufenen Stadien, Sportanlagen usw. ist nur ein ganz verschwindender Bruchteil der gesamten Neuverschuldung aufgewendet worden. Es besteht heute in allen Kreisen Uebereinstimmung darüber, daß alle nicht vordringlichen Aufgaben unbedingt zurückzustellen sind.

Ueber die Freigabe des ausländischen Kapitalmarktes hinaus muß eine wirkliche Sanierung der kommunal-finanzen ermöglicht werden durch eine den kommunalen Bedürfnissen entsprechende

Neugestaltung des Finanzausgleichs

im Rahmen der kommunalen Reichsfinanzreform. Zu erwägen sind weiterhin gemeinsame Schritte der öffentlichen Körperschaften, um den in den letzten Wochen sich mehrenden Kreditkündigungen durch die privaten Banken entgegenzutreten. Diese Kündigungen sind bei der gegenwärtigen Geldmarktlage durch nichts berechtigt und deuten darauf hin, daß die Gemeinden systematisch noch mehr unter Druck gesetzt werden sollen, Anteile ihrer verbundenen Unternehmungen an das Privatkapital zu veräußern. Die öffentlichen Körperschaften müssen sich sofort darüber verständigen, ob gegen die privaten Bankgruppen entsprechende Maßnahmen zu unternehmen sind. Darüber hinaus muß die öffentliche Wirtschaft, um gegen den weiteren Ansturm der privaten Interessen gerüstet zu sein, ihrerseits Maßnahmen treffen, um noch eine engere Zusammenarbeit und wirtschaftliche Verflechtung der öffentlichen Betriebe untereinander herbeizuführen. Die Position der öffentlichen Wirtschaft wird nur behauptet werden können, wenn der konzentrische Angriff des Finanzkapitals auf einen starken Gegner stößt.

Die Durchführung dieser Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen Wirtschaft ist aus

volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Gründen unaufschiebbar.

Durch sie kann der wachsende Notstand, wie er in der Zahl der arbeitslosen Arbeiter und Angestellten zum Ausdruck kommt, sofort erheblich gemildert werden. Denn

Stärkung der öffentlichen Wirtschaft bedeutet für die Privatwirtschaft vermehrte Auftragserteilung, für die Arbeitnehmer weitere Beschaffung von Arbeit.

Randbemerkungen

In den nächsten Tagen wird der Reichstag Anläß nehmen, die Resultate der Haager Konferenz zu behandeln. Nach menschlichem Ermessen wird er voraussichtlich den Abmachungen zustimmen trotz der Oppositionsreden von rechts und links. Wir haben zwar wiederholt die Unterschiede zwischen Dawes-Gesetzen und Young-Plan hier erörtert, möchten aber noch einmal in Erinnerung bringen, daß sich etwa das Haager Abkommen auf folgende Ergebnisse zusammenfassen läßt: 1. Die Schaffung der Internationalen Bank bringt es mit sich, daß das deutsche Reichsbankgesetz entsprechend geändert wird. Jeglicher Einfluß von Ausländern ist künftig ferngehalten. Die Reichsbank besteht nur noch aus deutschen Mitgliedern und Aufsichtsräten. Der Einfluß der Regierung ist verstärkt, da der Reichspräsident die Ernennung und Abberufung des Reichsbankpräsidenten widerrufen oder bestätigen muß. (Bei alledem bleibt Herrn Dr. Schacht noch ein allzu gesichertes Wirkungsfeld.) 2. Die Reichsbahn ist nicht mehr Pfandobjekt der internationalen Gläubiger, sondern sie wird wieder selbständig und unabhängiges deutsches Unternehmen. 3. Die Liquidierung des deutschen Eigentums in den verschiedenen ausländischen Staaten ist durch besondere Verträge neu geregelt. Das bringt voraussichtlich einige hundert Millionen Mark an Deutschland zurück. 4. Die Möglichkeit eines Zahlungsausschubs (Moratorium) bleibt im Falle von wirtschaftlichen Schwierigkeiten für Deutschland gewährleistet. 5. Die Zahlungen nach dem Young-Plan erfolgen zur Mitte des Monats. (Der Antrag der deutschen Delegation, die Zahlung am Ende des Monats zu leisten, ist nicht erreicht, ebenso wenig die Forderung der Gläubiger, Zahlung am Anfang des Monats.) Von den **Sanktionen** ist nur noch zu sagen, daß sie schon auf Grund des Kellogg-Paktes nicht mehr möglich waren, daß uns aber die Hugenberg-Seute mit ihrem Volksbegehren in eine Situation gebracht haben, die zu einer Erklärung und Gegenerklärung nötigte, deren Wortlaut in der Tagespresse mittlerweile jedem bekannt sein dürfte. Es bleibt also dabei, daß die Durchschnittsleistung für 37 Jahre je 2050 Millionen beträgt, davon in den ersten zehn Jahren pro Jahr 1750 Millionen Mark. Die Reichsbahn zahlt davon (ebenfalls für 37 Jahre) je 660 Millionen. Die Sachlieferungen bleiben für zehn Jahre bestehen. Sie fallen dann endgültig fort. Alle Kontrollen werden nach der endgültigen Ratifizierung (Ende Februar) aufgehoben. Am 30. Juni 1930 verlassen die letzten Besatzungstruppen den deutschen Boden. Die Saar-Frage wird in besonderen Verhandlungen geregelt. Eine deutsch-französische Reparations-Anleihe von 1200 Millionen soll zu zwei Dritteln Frankreich, zu einem Drittel Deutschland zuziehen. Einen Anteil von 400 Mill. Mk. erhalten Reichsbahn und Reichspost für Neuanlagen.

In Verbindung mit diesem Abschluß sind natürlich die Debatten über die **Reichsfinanzreform** stark in den Hintergrund getreten; denn Deutschland wird alles daran setzen müssen, um zunächst seinen Verpflichtungen gerecht zu werden, und es wäre unverantwortlich vom Reichstag gehandelt, wenn er in dieser Zeit der Finanznot eine Steuer-senkung vornehmen wollte. So ist mit Recht von der Sozialdemokratie im Freistaat Sachsen kategorisch gefordert worden, daß der Etat des Reiches unbedingt ins Gleichgewicht gebracht werden muß, daß eine Wiederholung der Diktatur des Finanzkapitals über Regierung und Volksvertretung unmöglich gemacht wird. Es wird weiter gefordert, um den Haushaltsplan ins Gleichgewicht zu bringen: Offenlegung der Steuerlisten, beschleunigte Einziehung der Steuerrückstände, Verschärfung der Erbschaftsteuer, Aufhebung der Steuerpflicht für Spekulationsgewinne, Herabsetzung der Grenze der Besteuerung des Einkommens nach dem Verbrauch auf mindestens 8000 Mk., Austau des Branntweinmonopols und Einführung von weiteren Staatsmonopolen (Zigaretten-

monopol). Mit anderen Worten, es wird die Senkung der Besitzsteuern abgelehnt und eine Herabminderung der Massenbelastung gefordert. Der Sozialetat darf nicht abgebaut, sondern er muß ausgebaut werden. Ersparnisse können erzielt werden durch eine grundlegende Verwaltungsreform, Abbau der hohen Gehälter um 20 Proz., Kürzung aller Pensionen bis zu 12000 Mk. pro Jahr, Herabsetzung der Ausgaben für Militärzwecke usw. Diesen Forderungen, denen sich die gesamte Arbeiterschaft und damit auch die Gewerkschaften anschließen können, stehen gegenüber die unbegrenzten Gegenforderungen des Unternehmertums und der Banken, die wir wiederholt charakterisiert haben. Es muß sich schon in den nächsten Wochen zeigen, wie weit die deutsche Arbeiterschaft politisch und gewerkschaftlich in der Lage ist, ihren Einfluß zur Geltung zu bringen, so daß das aufgezeigte Programm nicht nur eine leere Forderung bleibt.

Wir veröffentlichen heute auf Seite 1 und 2 eine Kundgebung, die gleichzeitig in einem großen Teil der Arbeiterpresse erschienen ist. Dabei erinnern wir daran, daß gegenwärtig so etwas wie ein **Finanzboykott** der Großbanken gegen die öffentliche Wirtschaft geführt wird, nachdem das Trommelfeuer auf den Unternehmertagungen seit mehr denn zwei Jahren unausgesetzt diesen Frontangriff vorbereitet. Es unterliegt keinem Zweifel, man hofft, die öffentliche Wirtschaft, insbesondere die Kommunalwirtschaft, so weit mürbe zu bekommen, um die Werke und Ueberschuß-Unternehmungen dem Privatkapital zugänglich zu machen. Es hängt zum großen Teil von der Gesamtarbeiterschaft ab, ob dieser Feldzug den Großbanken unter Führung Dr. Schachts gelingt. Jedenfalls müssen unsere Kollegen überall für Aufklärung sorgen, brachte doch die Tagespresse vor einigen Tagen die Nachricht, daß zwischen privaten Bankengruppen ein stilles Einvernehmen darüber besteht, jede Aktie und jedes Aktienpaket öffentlicher Unternehmungen aufzukaufen. Aus diesem Grunde sind auch Kreditkündigungen gegenüber den öffentlichen Körperschaften erfolgt. Man will also, entsprechend den Wünschen des „Reichsverbandes der deutschen Industrie“, eine Veräußerung der öffentlichen Wertsubstanzen erreichen. Wir hoffen in diesem Fall, daß der Deutsche Städtetag und auch die Leiter der großen Städte alles daran setzen, um die Privatisierung der öffentlichen Betriebe zu verhindern.

Die Arbeiterschaft, nicht nur die unmittelbar daran interessierten Gemeinde- und Staatsarbeiter, werden jedenfalls mit allen Kräften den Kampf aufzunehmen haben. In diesem Zusammenhang ist auch wichtig, daß die „Bergbau-Industrie“, das Organ des Bergarbeiter-Verbandes, schon jetzt darauf hinweist, daß die Saar-Bergwerke beim Rückkauf (die vor der französischen Besetzung in preußischem Staatsbesitz waren) nun in Privatbesitz übergehen oder „internationalisiert“ werden sollen. Hiergegen muß schärfster Protest erhoben werden.

Zwar scheint der Unwille gegen Dr. Schacht zurzeit weite Kreise des deutschen Volkes zu umfassen; denn selbst die großen demokratischen Blätter nahmen scharf gegen ihn Stellung. Ob aber der Reichstag den Mut findet, wirklich etwas gegen Schacht zu unternehmen, bleibt abzuwarten. Seine Finanzdiktatur gegen die Kommunen nötigt uns, mit aller Energie seine Entfernung zu fordern; denn ihm ist in erster Linie das ungeheure Anschwellen der Arbeitslosenziffer zu verdanken.

Zeitungsbestellungen

s'ind nicht nach
Berlin, Schlesische Straße 42
sondern an die

**Expedition
der „Gewerkschaft“,
Berlin SO16, Michael-
kirchplatz 4**

zu richten.

Während die gesamte Wirtschaftskonjunktur trotz aller pessimistischen Orakelsprüche des Unternehmertums sich gewaltig gehoben hat und die Produktionsziffern keineswegs irgendwelche Krisen erkennen lassen, wird trotzdem seitens des Unternehmertums und seiner Schreiberlinge andauernd geschrien, als wenn sie die Arbeitslosigkeit in ihren eigenen Reihen hätten! In Wirklichkeit ist diese Arbeitslosigkeit aber nachweislich zu einem erheblichen Teil der zweiten Rationalisierungswelle zu verdanken, die in Deutschland seit etwa Jahresfrist eingesetzt hat. Die Erzeugung von Kohle und Eisen zeigt im Jahre 1929 eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Die Bautätigkeit war verhältnismäßig rege. Es wurden 300 000 Wohnungen hergestellt. Würden die öffentlichen Mittel nicht so gering sein, so hätte der Baumarkt noch wesentlich stärkere Aufträge. Die Elektrizitätswirtschaft hatte 1929 nach den neuesten Schätzungen 32 Milliarden Kilowattstunden gegenüber 27,8 Milliarden im Vorjahr. Das Institut für Konjunkturforschung, dem wir diese Ziffern entnehmen, schätzt den Produktionsindex im Oktober 1929 auf 125, wenn man den Durchschnitt von 1924 bis 1926 mit 100 annimmt. Der Höchststand von dem Konjunkturjahr 1927 ist damit fast erreicht. Ebenso geben die Zahlen über den Gesamtumsatz, die Wagengestellung der Reichsbahn, der Binnenwasserstraßenverkehr, Schiffsverkehr in den deutschen Häfen, ein unbedingtes Zeugnis vom Wachstum der Umsätze im Vergleich mit dem Vorjahr. Selbst die Entwicklung des Außenhandels ist dauernd gestiegen.

Aus allen diesen wirtschaftlichen Tatsachen ergibt sich, daß nicht die Wirtschaft oder deren Führer, nicht die Banken oder deren Direktoren gegenwärtig schlecht dastehen, sondern die Ungunst der Verhältnisse trifft einzig und allein die breiten Massen der Arbeitnehmer und in Konsequenz den kleinen Handel und den kleineren Mittelstand. Hier kann nur durch Steigerung der Konsumkraft Abhilfe gebracht werden sowie durch Schaffung von Arbeit.

In einer Sitzung der Vorstände der Spitzenkörperschaften der SPD. und der Gewerkschaften ist denn auch einmütig gefordert worden, daß eine Kapitalzufuhr aus dem Auslande die notwendige Voraussetzung zur Besserung des Arbeitsmarktes ist, daß die Beseitigung aller inländischen Hemmungen gegenüber Anleiheaufnahmen gefordert werden muß. Insbesondere müssen ausländische Geldgeber für die öffentliche Wirtschaft herangezogen werden. Damit könnte auch eine wesentliche Belebung des Baumarktes und der damit verbundenen Industrie erfolgen und im Reichshaushalt als auch in den städtischen Etats könnten an Stelle der jetzigen Abdrösselung und der sogenannten „Sparsmaßnahmen“ der gesteigerte Sozialbedarf für Erwerbslose sichergestellt werden.

Wir haben schon vor mehr denn Jahresfrist — bevor noch die Kommunisten eine Tagesparole daraus machten — gefordert, daß sich die Gewerkschaften ernstlich mit dem Problem des Siebenstundentages als generelle Forderung aller Gewerkschaften in Deutschland beschäftigen müssen. Es ist unmöglich, Jahr und Tag mit anzusehen, wie das Heer der Arbeitslosen automatisch wächst. Es ist unsere Aufgabe, diesem Grundübel unserer Zeit beizukommen. Gesteigerte Produktionszahlen und um Millionen verringerte Arbeitstätigkeit bedeuten ein Mißverhältnis, das auf die Dauer von einem gesunden Volke nicht ertragen werden kann. Die Massenarbeitslosigkeit muß zur Wirtschaftskrise in ungeheurem Ausmaß führen. Darum erscheint uns die Forderung des Siebenstundentages, womöglich der 40-Stundenwoche, in jetziger Zeit nicht nur als Notmaßnahme, sondern auch als Folgeerscheinung der ausgebauten Rationalisierung unbedingt erforderlich. Wie weit bei bestehenden Tarifverträgen diese Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnkürzung zu erreichen ist, bleibt natürlich den Verhandlungen vorbehalten. Es ist selbstverständlich, daß die Basis des Arbeitsrechts (unsere Tarifvertragspolitik) als Grundlage bestehen bleiben muß. Wir hoffen, daß nicht nur die einzelnen Gewerkschaften, sondern auch der ADGB. hierzu entscheidend Stellung nimmt. E. D.

Dem Andenken Max Quarks

Der Geschichtsschreiber der „Geschichte des Deutschen Verkehrsbundes“, Dr. Max Quark, ist nicht mehr. Am 21. Januar hat der Tod dem arbeitsfrohen und geistesfrischen Manne kurz vor der Vollendung seines siebenzigsten Lebensjahres die Feder aus der Hand genommen. Mit ihm verliert die sozialistische Arbeiterbewegung wieder einen ihrer führenden Wissenschaftler „von der alten Garde“. Mit ihm verlieren wir als Gesamtverband nicht nur unseren verdienten Historiker, sondern mehr noch: einen frühen Mitkämpfer und warmherzigen Freund. War Quark doch einer der ersten, die sich in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts um die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmer im Handelsgewerbe bemühten. Die Gründung des „Vereins kaufmännischer Angestellter“ war sein Werk, von 1890—1893 wirkte er als Generalsekretär des „Deutschen Verbandes kaufmännischer Vereine“. Manche gebiegene sozialpolitische Streitschrift, die ihn zum Verfasser hatte — so unter vielen anderen „Die Arbeitsverhältnisse im Handelsgewerbe“ 1891 und „Die deutschen Straßenbahner und ihre Arbeitsverhältnisse“ 1906 —, half den sozialen Aufstieg gerade auch unserer Berufskollegen den Weg bereiten. Und auch später, als er die Frankfurter „Volksstimme“ leitete (1893 bis 1917), als er im Frankfurter Stadtparlament (1901 bis 1912), im Reichstag und in der Nationalversammlung (1912 bis 1921) mit praktischem Sinn und draufgängerischem Temperament tätig war, blieb Quark unserer Gewerkschaft nahe. Daß er sich mit seinem 1925 erschienenen Buche „Die erste deutsche Arbeiterbewegung, Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/49“ einen Platz unter den namhaften deutschen Historikern gesichert hatte, konnte uns nur in unserer Auffassung bestärken, daß er der Geeignete sei, das Werden und Wachsen unserer Organisation und ihrer Gewerbe darzustellen. Wie tief sich Quark mit unserem Verband verbunden fühlte, sagen seine Worte aus dem Vorwort der „Geschichte des Deutschen Verkehrsbundes“, wo er von sich schreibt: „Es war mir mehr als eine wissenschaftliche Aufgabe, sondern fast eine Herzenssache, den Versuch zu machen, die Vergangenheit und Gegenwart der Verkehrs- und Transportgewerbe und ihrer Gewerkschaftsorganisation zu schildern, zu der ich in meinem politischen Leben und Wirken vielfache praktische Beziehungen hatte.“ Diese Neigung spornte ihn zu der schriftstellerischen Leistung des ersten Bandes der Verbandsgeschichte des Verkehrsbundes, „Die Entwicklung des Handels, Transports und Verkehrs in Deutschland“, an, die ihm sowohl in den Kreisen der Gelehrten, als auch — und das empfand Quark als den schönsten Lohn für seine Arbeit — in den Kreisen unserer Kollegen einen vollen Erfolg einbrachte. Wir danken ihm für dieses letzte große Werk, das er geschaffen hat, über das Grab hinaus: denn es hilft mit seiner ruhigen Sachlichkeit und seiner einfachen Klarheit werden für die Ziele unserer Organisation, für den sozialen Aufstieg unserer Berufskollegenschaft. So gedenken wir trauernd dieses Mannes von ausgeprägtem Charakter und reicher Menschlichkeit, dieses Mannes, der so viel für uns geleistet hat und noch viel für uns hätte leisten können, dieses Mannes, der ein unermüdlicher Arbeiter im Dienste der sozialistischen Arbeiterbewegung war. Fr. H.



Musikkultur

Musikerneuerung und Arbeiterschaft



Es mag manchem unserer Leser, wenn nicht überflüssig, so doch gewagt erscheinen, daß in einer Gewerkschaftszeitung über Musikerneuerung Betrachtungen angestellt werden. Liegt das nicht gar zu weit ab von den Gesamtbestrebungen der Arbeiterschaft? Die Frage aufwerfen, heißt in der gewissenhaften Beantwortung: Nein! Wir haben auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung notwendig, uns mit Problemen zu beschäftigen, die im Arbeiterleben, insbesondere aber im Kreis der Familie auch heute noch eine ziemlich bedeutsame Rolle spielen. Einerseits bestehen in vielen Großstädten unsere Jugendgruppen, die sich ohne Wandermusik, ja vielfach ohne wöchentliche Musikstunden, ihre Arbeit schon gar nicht mehr denken können. Zum andern aber haben wir ebenfalls in der jüngeren Generation, zum Teil aber auch im Kreis der älteren Kollegen ein so lebhaftes Musikinteresse festzustellen, daß es eine Unterlassungssünde wäre.

Wir wollen wir nicht auch einmal an dieser Stelle darüber etwas sagen. In unserem Vorhaben wurden wir aber besonders bestärkt, als der Unterzeichnete im Jahre 1927 eine größere Reihe Aufsätze in der „Gewerkschaft“ veröffentlichte über „Musikkultur und Arbeiterschaft“. Die zahlreichen zustimmenden Zuschriften, die Sonderbetrachtungen und Ergänzungen aus Briefen und mündlichen Erörterungen ergaben, daß der Kreis der unmittelbar Interessierten ein ziemlich großer ist. Wir dürfen hoffen, auch im neuen Gesamt-Verband wird die Zeit nicht verloren sein, sich einmal mit diesem Thema etwas ausführlicher auseinanderzusetzen.

Wir können hier freilich auch nur andeuten. Es ist nicht die Absicht, wieder mit einer Artikelserie zu kommen. Es mag also im Zusammenhang nur gesagt werden, daß wir zwar in der neuen modernen Schlagermusik und im Jazz anerkennen müssen, daß sie den Rhythmus unserer Zeit widerspiegeln. Sie geben der neueren Generation mehr als die alten harmoniefeligen „Rheinländer“ und „Walzer“ oder gar die Polkahopper aus der Vorkriegszeit. Und doch hat der Gesellschaftstanz mit Jazzmusik in weiten Kreisen der Arbeiterjugend berechtigtes Mißfallen ausgelöst! Weil sie darin so etwas wie „Dekadenz der bürgerlichen Gesellschaft“ sieht und der Meinung ist, daß die Arbeiterschaft sich auch hier selbständig machen müsse und neue Musik- und Tanzformen schaffen soll. Das war nicht zuletzt einer der Gründe, weswegen die Volkstanzbewegung zeitweilig gewaltige Dimensionen annahm und noch heute in der Arbeiterjugendbewegung (etwa des Jahrgangs 14 bis 18) eine große Rolle spielt. Fast alle Volkstanzkurse, die die Volksbildungsämter oder die einzelnen Vereine veranstalten, sind stark besucht, ebenso die Veranstaltungen draußen in den Sommermonaten, aber auch — was schon viel problematischer! — in den Sälen als eine Art Gesellschaftsveranstaltung der Jugend. Wir müssen bekennen, daß wir an letzterem auch nicht allzuviel Freude haben und daß insbesondere der passive Teil der Zuschauer dabei eigentlich recht überflüssig ist. Aber in diesem Zusammenhang wollten wir nur andeuten, daß sich manche Dinge noch nicht ganz klar herausgearbeitet haben und noch im Fluß der Entwicklung stehen.

Eines ist jedenfalls sicher, die Arbeitergesangsvereine aus der Vorkriegszeit haben einen gewaltigen Wandel durchgemacht. Nachdem diese fast ausschließlich die Kampflieder der Arbeiterschaft als Gesangsmaterial benutzten, ist in der Nachkriegszeit neben diesen Kampfliedern eine gewaltige Literatur entstanden, zum Teil als Fortentwicklung des Volksliedes (als Kunstlied), zum andern Teil hat man es auch gewagt, an Chorwerke heranzugehen, und in jüngster Zeit sind sogar neue

größere Kompositionen als eigene Werke für die Arbeiterschaft entstanden. Auch hier befinden wir uns allerdings noch im Stadium des Experiments. Nur soviel ist sicher, die alte Liedertafel und der alte Männergesangsverein mit obligatorischem „Trinkstudium“ sind im Abbau begriffen.

Dafür wachsen mehr und mehr die gemischten Chöre, die in der Tat eine viel größere Literatur in bezug auf die Kompositionen vorfinden und die auch die Volkslieder viel mannigfaltiger wiedergeben können. In Verbindung damit kommen wir gleich auf einen wesentlichen Teil der Gesamtmusikerneuerung: Der Kanon hat seinen Einzug gehalten und ist nicht nur beliebt bei den eigentlichen Volksmusikern (die unter dem Sammelbegriff der Jöde-Musik gehen), sondern auch die verschiedenen „Jungen Chöre“ und gemischten Chöre aller Art haben das alte und neue Liedgut aufgegriffen und singen mit Begeisterung wieder den Kanon und das Volkslied mit vielstimmigem Liedsatz.

Etwas mäßig sieht es noch aus mit der Wandermusik und dem Singen im Freien überhaupt. Hier entscheiden noch allzuoft diejenigen, die den Mund am größten aufreißen. Es wird allzuoft geschrien. Die Gitarren machen dazu Schrumpschrump und dazwischen spielen einige Geigen nicht immer die reinsten Töne, von den jammernenden Mandolinen als Begleitmusik gar nicht zu reden. Hier bedarf es noch gründlicher Propaganda, um die Musikerneuerung durchzu-



Freig Jöde singt mit der Jugend

setzen. Denn was wir heute auf diesem Gebiet haben, kann erst der Anfang sein. Unsere SAJ. und die gewerkschaftlichen Jugendgruppen haben zwar in den größeren Städten vielfach Singgemeinschaften und Singschulen eingerichtet und sind in den Wintermonaten eifrig am Werk, planmäßig die Stimmen zu schulen und das Verständnis für kultivierte Musik zu wecken. Zwischendurch kommen aber immer noch Rückschläge vor, so z. B., wenn das „Reichsbanner“, dem ja die Arbeiterschaft doch zu erheblichem Teil nahesteht, und auch die Arbeiter-Turn- und Sportvereine, frisch und frei nach alter preußischer Drillmanier mit Pfeifen, Trommel- und Paukenschlag eine zwar rhythmische, aber doch rechte Spektakelmusik aufzuführen. Wie leicht wäre hier eine Umstellung möglich! Ein paar Piccoloflöten mit drei bis vier Klappen würden gegenüber den bisherigen D-Flöten mit höchstens einer Klappe sofort eine Verbesserung ermöglichen und einen vierstimmigen Satz zu Gehör bringen, wenn nur eine Arbeitsstunde pro Woche für das Notenlernen angesetzt würde. Statt dessen wird allzuoft rein mechanisch auf der Trommel gebummelt und die Flöten quetschen in den schrecklichsten Tonarten, die es eigentlich gar nicht gibt. Hier bleibt also noch außerordentlich viel zu tun.

Darum muß das Uebel bei der Wurzel gepackt werden. Diese Wurzel ist die Schule. Wenngleich die eigentliche Musikerneuerung in Deutschland zum Teil zusammenfällt mit der Wandervogelbewegung — also etwa zehn Jahre vor Ausbruch des Krieges —, ist doch die breite Basis dieser Bewegung eigentlich erst seit kaum zehn Jahren (also in der Nachkriegszeit) im Gange. Als stärkste Persönlichkeit aller Musikerneuerer ist ohne Zweifel Freig Jöde zu nennen. Um ihn herum gruppiert sich eine ganze Reihe anderer, die auch zum Teil innerhalb der arbeitenden Jugend einen guten Klang haben. Das größte Verdienst Jödes ist aber gerade (als ehemaliger Volksschullehrer), die Verbindung und Propagandatätigkeit für Musikerneuerung in der Volksschule durchzusetzen. Eine große Reihe alljährlicher Tagungen der Lehrerschaft in Deutschland, um das neue System des Musikunterrichts zur Entfaltung zu bringen, legen Zeugnis ab für die große Tätigkeit, die Jöde auf diesem Gebiet geleistet hat. Daneben scheint

uns noch wertvoll, zu betonen, daß auch der Verlag Georg Kallmeyer, Wolfenbüttel und Berlin, in ungeheurem Ausmaß diese Bestrebungen unterstützt hat. Gerade in diesen Tagen ging uns der „Drehtöter“ 1929 zu, ein Büchlein von mehr denn 200 Seiten mit vielen Bildnissen und Noten (Preis 1,20 Mk.), in dem der Verlag selber die Arbeit des Jahres 1929 schildert, die zahlreichen Neuererscheinungen, Zeitschriften, Lehrmittel, Neuauflagen usw. angibt, die allein in diesem Verlag erschienen sind und der Volksmusikenerneuerung eigentlich erst die Basis gegeben hat. Es ist geradezu erstaunlich, in welcher Fülle Volksmusik herausgegeben wird, aber auch in welcher Fülle sie bereits abgesetzt worden ist. So dürfen wir annehmen, daß ein sehr erheblicher Teil auch in den Kreisen der Jungarbeiterchaft, insbesondere der Jugendbewegung Aufnahme findet.

Nach unseren Beobachtungen eines Berliner Bezirks in sechs Jugendheimen ist in der Tat dieses Liedergut des Kallmeyerschen Verlages ein überaus wertvolles Lehrmaterial, mit dem große Arbeit geleistet wird. Bei alledem bleibt bestehen, daß die Schulen und alle Institutionen in viel stärkerem Maße aus ihrem „alten Dreh“ herauskommen müssen und die Erneuerung der Volksmusik auf diesem Wege mitschaffen helfen.

Es ist noch gar nicht so lange her, da war das Volkslied in Norddeutschland fast ganz verdrort. Die patriotischen Vaterlandslieder oder die Choräle, die man in der Schule lernte, wirkten für den Sänger, soweit er nicht dem „Christlichen Verein junger Männer“ angehörte, so peinlich, daß er lieber gar nicht sang oder, wenn es hoch kam, einen „modernen Schlager“ vor sich hinsummte, viellecht auch den meist zotigen Text herauschrie. Das letztere ist leider auch heute noch nicht ganz verschwunden. Die mehr sind die Texte der neuen Schlagermelodien — soweit es noch möglich war — noch schlechter, geistloser und banaler, ja zotiger geworden. Demgegenüber hat die Arbeiterchaft alle Veranlassung, die Musik als einen Teil ihrer Waffen anzusehen, die im Kampf um Kulturfortschritt wertvolle Dienste leisten kann, und es ist besonders wünschenswert, daß die Jugend das klar sieht und erkennt.

Aber auch die ältere Generation hat noch immer Freude am Volkslied und an der Musik. Und nicht zuletzt aus diesem Grunde konnte Jode mit den offenen Singstunden in allen größeren Städten Deutschlands einen so gewaltigen Erfolg erringen. Wiederholt ist ihm von seiten älterer Besucher dieser offenen Singstunden gesagt worden, wie gern man sich an diesen Abenden beteiligt hat, weil man aus der passiven Rolle des Zuhörens hineingeträngt wurde in die aktive Rolle des Mitsingens. In der Tat ist das Charakteristikum in der Volksmusikenerneuerung die Aktivität.

Trifft das schon in hohem Maße für das Singen zu, so natürlich in stärkstem Maße auch in bezug auf die Instrumente. Das Bürgertum hatte als Gipfelleistung der Hausmusik das Klavier, das aber für weite Kreise infolge seiner teuren Anschaffung kaum in Frage kommt. So beschränkte man sich mehr und mehr auf die mechanischen Musikmittel, Grammophon und Radio. Wir wollen durchaus nicht unterschätzen, was mit der Schallplatte und auch im Radio geboten wird. Aber auch hier entzieht die unbefriedigende Tatsache: man ist nur Hörer und wird in die absolute Passivität gedrängt. Die Freude am Musikmachen ist natürlich unvergleichlich größer. Mag auch in den Anfangsmonaten der Kampf mit dem Instrument, sei es Geige, Laute oder Flöte, zunächst allerhand Schwierigkeiten schaffen und Aergernisse hervorrufen, nach einigen Wochen Unterricht in irgendeiner Volksmusikschule, die jetzt in fast allen Großstädten geschaffen sind, ist man bald so weit, daß eine kleine Hausmusik zustande kommt, und daß man auch die entsprechenden Variationen durch Gesang einerseits und Instrumentenspiel andererseits erreichen kann. Nun ist freilich richtig, daß sich beim Erlernen des Geigen- wie Gitarrenspiels allerhand Schwierigkeiten zeigen, insbesondere, wenn man über die einfachen Volksliedsätze hinaus und nach Monaten auch Kunstwerke oder gar klassische Hausmusik schaffen will. Die sozusagen wieder neuentdeckte Blockflöte aus alter Zeit, die in der Jode-Gemeinde eine Rolle spielt infolge ihrer Billigkeit, hat u. E. den Mangel, wenn sie nicht mit mindestens drei bis vier Klappen versehen ist, daß nur eine Tonart geblasen werden kann, während alle anderen meist klarlich ausfallen. Es fragt sich, ob man nicht doch wieder zur Meyerschen Quersflöte kommen kann oder, ob nicht einmal eine verbilligte und etwas vereinfachte Boehm-Flöte geschaffen werden könnte für diese Zwecke. Aber es ist hier nicht der Platz, solche Vorschläge ausführlich zu behandeln. Wir hatten uns nur einmal die Aufgabe gestellt, auch an die Stelle dafür einzutreten, daß unsere Jugend, sei es in der Familie, sei es in den Jugendgruppen unseres Gesamt-Verbandes, sich der Musikenerneuerungsbewegung unserer Zeit anschließt, die mit dem Namen Jode gekennzeichnet ist. Soweit wir Jugendgruppen und Bibliotheken haben, sollte jedenfalls aus dem Georg Kallmeyer-Verlag, Wolfenbüttel, alles das herangeschafft werden, was benötigt wird, um so den Unterricht zu erleichtern zur Freude sowohl der Wandergruppen, zur Freude nicht nur unserer Jugend, sondern auch der Älteren, die damit auch von selbst abgelenkt werden von der oft recht fröhen Schlagermusik, die unsere Zeit noch allzu stark beherrscht. c d i.

Werden und Wirken der Arbeiter-Gesangvereine



Die Früchte am Baum der Arbeiterbewegung sind gar mannigfaltig, und neben den Bestrebungen, die darauf hinarbeiten, die Lage der Arbeitnehmer zu verbessern durch gewerkschaftliche Aktionen und solchen, die Jugend in den Sportvereinen zu ertüchtigen, hat man Zeit gefunden, sich im Liede zu vereinigen und im Gesang dem Sehnen, Hoffen und Wünschen Ausdruck zu geben. — Der Deutsche Arbeiter-Sänger-Bund (DASB.)

vereint heute weit über 250 000 Sänger und Sängerinnen und hat sich aus den kleinsten Anfängen heraus trotz Verdrängung und Bekämpfung zu einer achtunggebietenden Organisation entwickelt, die bestrebt ist, die edelste und schönste Kunst, die Musik und den Chorgesang, in die breiten Massen des Volkes zu tragen. Parallel mit der Entwicklung der sozialistischen und gewerkschaftlichen Bewegung und als Glied derselben entstanden in den sechziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hauptsächlich in den Industriegegenden neben den Arbeitervereinen Gesangsabteilungen. B e b e l war bereits 1862 Obmann der Gesangsabteilung des Leipziger Bildungsvereins, und Cassalle verbanden schon 1863 mit dem Gesangverein Sängerbund, der dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein Frankfurt a. M. angehörte, freundschaftliche Bande.

Auch die Niederhaltung der Arbeiterbewegung durch das Sozialistengesetz Bismarcks, das selbstverständlich auch den Arbeitergesangvereinen den Garaus zu machen drohte, konnte nicht verhindern, daß sich die Sängerscharen weiter zusammenschloßen, und als im Oktober 1890 das Sozialistengesetz fiel, fand man eine große Schar wohldisziplinierter Sänger. In den Weihnachtstagen

des Jahres 1892 erfolgte dann die Gründung der Liedergemeinschaft der deutschen Arbeitersänger, die in 319 Vereinen rund 10 000 Mitglieder vereinigte. Und so wuchs die Bewegung im Laufe der Zeit zu der Macht heran, die sie heute bildet.

Der DASB. hatte es von jeher darauf angelegt, nicht nur den Mann, der durch seine gewerkschaftliche und politische Tätigkeit dieser Organisation näherstand, in den Dienst des Liedes zu stellen, sondern auch die Frau und das Kind für die Chorgesangspflege zu gewinnen. Der früher mehr gesellschaftlichen und propagandistischen Zwecken dienenden Tätigkeit ist unter besonderer Berücksichtigung der Einstudierung von Arbeiterchorliedern tiefere Kulturpflege an die Seite getreten, und die Tatsache, daß im Beethoven-Jahr durch die einzelnen Gesangvereine allein sechs- und zwanzigmal die Neunte Sinfonie aufgeführt wurde, zeugt sicher von ernstem Willen und Wirken. Zur weiteren Stärkung des Gemeinschaftsgeistes dient aber auch das von den Arbeitergesangvereinen gepflegte Pflanzingen, das Mitwirken bei Tagungen, Kongressen und Volksfesten, das Singen in Krankenhäusern, Altersheimen, Erziehungsanstalten, Gefängnissen und Zuchthäusern. Dieser Dienst an der Allgemeinheit ist um so höher zu werten, als die Angehörigen der Gesangvereine doch über keine großen Mittel verfügen und ihre bescheidene wirtschaftliche Lage eine große Liebe und Opferwilligkeit zum Gesang voraussetzt. Wer da weiß, unter welchen Schwierigkeiten die großen Chorkonzerte aufgeführt werden und welche materiellen Anstrengungen die Vereine machen müssen, um nur einigermaßen die Kosten zu decken, der schätzt die Pflege des Liedes durch das arbeitende Volk noch höher ein.

Um den Vereinen die Konzerttätigkeit und den Gesangbetrieb zu erleichtern, hat der DASB. als Mittel der Selbsthilfe einen

eigenen Notenverlag errichtet, der über 500 Einzelwerke a capella und mit Orchester verfügt. Ein künstlerischer Beirat, bestehend aus Prof. Thiel und Dr. Guttman gibt dem Wirken Ziel und Richtung, und das allmonatlich in 80 000 Exemplaren erscheinende Bundesorgan enthält musikwissenschaftliche und instruktive Aufsätze. Daneben besteht noch eine Musikberatungsstelle.

In lebhafter Erinnerung ist das Bundesjängerfest vom Juli 1928, das an 50 000 Mitglieder in Hannover vereinigte und langes Sparen der Teilnehmer nötig machte, um dem Rufe der Bundesleitung folgen zu können. Die 56 Veranstaltungen standen künstlerisch auf einer außerordentlichen Höhe, und es war tatsächlich eine einzig große Angelegenheit internationaler Verständigungs- und Versöhnungspolitik der Arbeiterschaft, die im Liebe Ausdruck fand.

Die Arbeitergesangvereine gewinnen aber auch immer mehr Bedeutung als Wirtschaftsfaktoren durch Beschäftigung von Orchester, Solisten und Künstlern, und erfreulich ist es, daß einzelne Stadtverwaltungen Erleichterungen und einmalige Zuschüsse zu besonderen Konzertveranstaltungen, gelegentliche Unterstützung durch Orchestermitwirkung zu herabgesetzten Honoraren usw. gewähren.

Aber das alles genügt nicht, um die finanzielle Lage der Arbeitergesangvereine wirklich zu erleichtern, und zur Erfüllung von volkshilfsrechtlichen Aufgaben dieser Vereine wäre die Verwirklichung einer Reihe von Forderungen notwendig, z. B. Vereinheitlichung und Reduzierung der Aufführungsgebühren, ideale und materielle Unterstützung, geldliche Beihilfen zum Ausbau und zur Stärkung des auf gemeinnütziger Grundlage errichteten Notenverlags und vor allem gesetzgebende Maßnahmen zur Verhütung übermäßiger Aufführungsgebühren durch die Aufführungsgesellschaften.

Von den Länderregierungen wäre zu fordern Aus- und Fortbildung von Chorleitern, Anerkennung der Gemein-

nützigkeit und Steuerfreiheit von Konzerten und bildenden Veranstaltungen, Maßnahmen, die dahin zielen, Lehrern die Übernahme von Arbeitergesangvereinen zu empfehlen und unentgeltliche Ueberlassung von Aulen und Gesangssälen an staatlichen Unterrichtsanstalten. Die Gemeindeverwaltungen müssen sich zur unentgeltlichen Ueberlassung von Räumlichkeiten zur Uebung des Gesanges verstehen, soweit sie im städtischen Besitz sind, und gelegentlich ihre Orchester zu erschwinglichen Preisen bereitstellen. Die Städte subventionieren die Orchester, die wiederum für diese Unterstützungskonzerte veranstalten, und zu diesen Konzerten sollte man die Arbeiterchöre mit heranziehen, die sonst Orchesterkonzerte infolge der hohen Kosten nicht aufzuführen in der Lage sind. Weiter wäre eine finanzielle Beihilfe und eine zweckmäßige Unterstützung durch die Presse sehr erwünscht.

Und nun noch etwas anderes: Der Deutsche Sängerbund gab kürzlich bekannt, daß 70 Proz. seiner Mitglieder dem Arbeiterstand angehören. Wenn damit auch der Begriff Arbeiter etwas weit gefaßt ist, unterliegt es doch keinem Zweifel, daß sehr viele sozialistisch wie gewerkschaftlich organisierte in den Reihen der bürgerlichen Gesangvereine marschieren. Aus verschiedenen Gründen war das verständlich. Aber heute, wo die Arbeitergesangvereine nicht nur Kampflieder pflegen, sondern auch klassische Musik treiben, Oratorien aufführen und große Chorkonzerte geben, dürfte dieser Zustand doch kaum mehr zu Recht bestehen. Wenn wir als Arbeiter vor allem der Idee des Sozialismus dienen, so müssen wir das auch als Sangesbrüder tun, und das kann man in den bürgerlichen Gesangvereinen nicht. Unzweifelhaft gehören die Arbeiter in den Deutschen Arbeiter-Sängerbund.

Wenn diese Wünsche in Erfüllung gingen, wird die deutsche Arbeiterjängerschaft wie bisher durch die Tat beweisen, daß hinsichtlich der Pflege der Kunst und Kultur des Volkes ärmster Sohn auch sein getreuester sein wird. C. F.

Volksliederbuch für die Jugend

Eine ungeheure Fülle von Volksliedmaterial, wie es in den letzten Jahren insbesondere durch den bekannten Liedforscher Max Friedländer zusammengestellt worden ist, bringt der Verlag C. F. Peters, Leipzig C 1, in seinem vierbändigen Volksliederbuch für die Jugend heraus, das insgesamt aus 14 Hefen à 1.50 Mk. besteht.

Die ältere Generation entsinnt sich zum großen Teil nur mit gemischten Gefühlen ihrer sogenannten Gesangsstunde in der Volksschule. Es gibt auch heute noch Hunderte und Tausende von Schulen, die nach dem alten Gesangstundenplan, wie er vor fünfzig Jahren üblich war, arbeiten. Aber mit elementarer Gewalt hat sich doch auch in den Großstädten das Volkslied, Wanderlied und auch das mehrstimmige Chorlied wieder einen großen Kreis von Anhängern erobert und heute gibt es kaum eine Wandergruppe, die ohne Gesang und Musik ihre Straße zieht. Gewiß in der Mehrzahl sind es recht ungeschulte Stimmen und der Schläger hat noch eine allzu breite Stätte, besonders bei den „wilden“ Wandergruppen. Aber Schritt um Schritt haben sich doch neue Entwicklungstendenzen bemerkbar gemacht im Volkslied und es ist überaus erfreulich, daß das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung nun eine seit Jahren vorbereitete Sammlung in einer solchen umfassenden Weise herausgibt, wie es diese Gesamtausgabe bedeutet.

Gewiß könnte man aus dem vielgestalteten Material manches beanstanden, vieles fehlt vor allen Dingen vom neuesten Singgut, das von den Wandergruppen irgendwoher in der Praxis viel gebraucht wird. Es sind auch noch nicht genügend lustige schnurrige Vortragsweisen darunter, die dem Gesang als Einzeldarbietung mit gleichzeitig begleitendem Chor erst den rechten Kreis und die nötige Würze bringen. Bei alledem muß doch anerkannt werden, daß die Herausgabe dieser vierzehn Hefte eine verdienstvolle Tat ist. War schon der Vorkäufer des Volksliederbuches für Männerchor und für gemischten Chor in einer Auflage von mehr als 1 Million Exemplaren erschienen, so darf bestimmt angenommen werden, daß dieses Werk einen noch weit größeren Abnehmerkreis finden dürfte.

Charakteristisch für den Inhalt der verschiedenen Bände sind vielleicht die einzelnen Zusammenstellungen nach Arten. Wir lassen sie deswegen nachstehend folgen: Band 1 Hef 1 bringt alte und neue Volkslieder in neuen Sätzen, d. h. Chöre für drei gleiche Stimmen ohne Begleitung, ferner mit Instrumenten. Hef 2 bringt aus der Zeit der Hochblüte des Volksliedes von Palestrina und Zeitgenossen

eine wundervolle Zusammenstellung ebenso mit Instrumenten aus älterer und neuerer Zeit. Hef 3 bringt Chöre und vier gleiche Stimmen, ferner mit Instrumentenangabe sowie ohne Begleitung aus älterer und neuerer Zeit. Hef 4 des ersten Bandes endlich bringt Chöre für zwei gleiche Stimmen ohne Begleitung, ferner mit Instrumenten, bis zur Zeit Mozarts. In Band 2 sind hauptsächlich die Chöre für vier gemischte Stimmen gebracht von der ältesten Zeit über Bach bis Reger. Band 3 behandelt neuere Volkslieder, die schon mehr den Charakter des Kunstgesanges haben, insbesondere einstimmige Lieder, sowie Duette mit Klavierbegleitung, während Band 4 entsprechende Ergänzung und weitere Fortführung bis in die neueste Zeit bringt. Dielsch waren die Volkslieder ein wenig „verjimpelt“ und es mußten bei der größeren Hälfte aller Lieder zum Teil vollständig neue Sätze geschaffen werden, d. h. neue Begleitkompositionen, die von den bedeutendsten Komponisten unserer Zeit geschaffen worden sind. Wir vermissen bei der Bearbeitung leider den Hauptbegründer der neuen Volksmusik, Fritz Jöde, während einer seiner bedeutendsten Anhänger, Paul Hindemith, freilich darin vertreten ist. — Am Schluß jedes Hefes hat Max Friedländer in der ihm eigenen, trefflichen und knappen Art einige Anmerkungen zu dem jeweiligen Liederschatz gebracht. Sicher werden diese Hefte wohl allmählich Eingang finden in allen Volksschulen und in den Schulbibliotheken. Darüber hinaus sollten sie aber auch in allen Jugendheimen der Arbeiterschaft sowie in den Filialbibliotheken angeschafft werden, damit die Freude am Volkslied eine genügend breite Unterlage erhält. Wie oft kann man es heute erleben, daß man sehr gern bei Wanderungen und Ausflügen singt, daß aber der Mangel an Textkenntnis aber auch an entsprechenden Unterlagen diese Freude am Singen erheblich erschwert.

So möchten wir diesem großen Werk eine möglichst weite Verbreitung wünschen und hoffen, daß wenigstens die neue Generation erfüllt wird in der Gesangsstunde nicht so sehr mit den gesinnungstüchtigen Liedern, als vielmehr mit der Gesangskunst überhaupt. Die reiche Auswahl vom einfachsten bis zum höchstkompliziertesten Volkslied in diesen vier Bänden ermöglicht einen systematischen Lehrgang auch für Arbeiterchöre, die neben ihren Kampfliedern auch das Volkslied pflegen. So bleibt zu hoffen, daß das ungeheure Liedmaterial nicht nur für die Jugend, sondern für alle Gesangskreise des Volkes geschaffen worden ist. ed.

Kampf um's Brot

Im zweiten Buch der von der Bäckergilde Gutenberg herausgegebenen zweibändigen Volksausgabe „Das Mondtal“ von Jack London beschäftigt sich der scharfsichtige Verfasser mit den sozialen Verhältnissen der amerikanischen Arbeiter, die unter Führung der ausstrebenden Gewerkschaften einen Existenzkampf ohnegleichen führen, einen Kampf um den „Knochen“ Arbeit, um den sich Hunderte täglich prügeln und der die Arbeiter gegenseitig zu Todfeinden macht. Des Ringens der Einzelperson im Kampf um den Sieg der Arbeiter verkörpert die Klasse, und manche Erkenntnisse, die uns Jack London in seinem „Mondtal“ zeigt, tun heute mehr denn je not.

Wir greifen in der Folge eine Episode aus dem Werk heraus. Die Lektüre dieser Zeilen wird sicher den Leser veranlassen, sich das ganze Werk zu beschaffen.

I.

Im Laufe des Frühlings kam der Eisenbahnerstreik. Am Sonntag, bevor der Streik erklärt wurde, aßen Saxon und Billy bei Bert. Saxons Bruder war auch da, ohne Sarah, da er sie nicht hatte dazu bewegen können, ihre Tagesarbeit so zu unterbrechen. Bert befand sich in sehr düsterer, pessimistischer Stimmung.

Mary ging umher und bereitete das Mittagessen mit einem Gesicht, das deutlicher als Worte sagte, daß sie sehr aufrührerisch gestimmt war, und Saxon krepelte sich die Ärmel auf, band sich eine Schürze um und begann, die Frühstücksteller aufzuwaschen. Bert holte eine Kanne schäumendes Bier aus der Wirtschaft an der Ecke, und die drei Männer rauchten und unterhielten sich über den bevorstehenden Streik.

„Er hätte vor mehreren Jahren kommen sollen“, erklärte Bert. „Je früher desto besser, sage ich, aber jetzt ist es zu spät. Wir sind zu schlapp geworden, und jetzt kriegen die letzten Mohikaner, was ihnen gut tut, und das gerade auf den Deek!“

„Ach, ich weiß nicht“, begann Tom vermittelnd — er hatte dagelesen und feierlich seine Pfeife geraucht. „Die Arbeiterorganisationen werden mit jedem Tage stärker. Ich erinnere mich noch der Zeit, als es in Kalifornien überhaupt keine Gewerkschaften gab. Und sieh nur jetzt — Löhne, feste Arbeitszeit und alles.“

„Du redest wie ein Agitator“, spottete Bert; „von der Art, die den Idioten was erzählen.“ Aber wir wissen besser Bescheid. Mit allen Gewerkschaften und Normallöhnen können wir für unsere Arbeit nicht so viel bekommen wie in alten Tagen, als wir nicht organisiert waren. Sie haben uns in der Klemme. Denk nur an San Franzisko — dort betreiben die Arbeiterführer eine noch dreckigere Politik als die alten Parteien, prügeln sich um Trinkgeld und lassen sich bestechen, während — ja, was machen die Zimmerleute in San Franzisko? Ich will dir etwas sagen, Tom Brown, wenn du dir alles anhörst, was gesagt wird, dann wirst du erfahren, daß jeder Zimmermann in San Franzisko Gewerkschaftler ist und vollen Gewerkschaftlerlohn bekommt. Glaubst du das? Es ist verfluchte Lüge! Es gibt nicht einen Zimmermann, der nicht jeden Sonnabend dem Unternehmer einen gewissen Prozentsatz von seinem Lohn geben muß. Und die Führer reifen für das Geld, das sie aus den Idioten herauspressen, nach Europa, wenn sie es nicht an die Rechtsanwälte hinausschmeißen müssen, um nicht eingesperrt zu werden.“

„Ja, das ist sehr richtig“, gab Tom zu. „Niemand wird das leugnen. Das Schlimme ist, daß den Arbeitern die Augen noch nicht geöffnet sind. Sie sollten sich selbstverständlich mehr um Politik kümmern, aber es muß die richtige Politik sein.“

„Man muß wirklich ehrliche Männer finden“, sagte Billy. „Das ist das ganze Unglück. — Nicht, daß ich auf den Sozialismus hielte, denn das tue ich nicht. Alle unsere Vorfahren haben seit langer Zeit in Amerika gelebt, und was mich betrifft, so will ich mir nicht gefallen lassen, daß eine Herde fetter Deutscher oder schmutziger russischer Juden mir erzählen soll, wie ich mein Land regieren soll, wenn sie nicht einmal meine Sprache richtig sprechen können.“

„Dein Land!“ rief Bert. „Aber, du Esel, du hast ja gar kein Land. Das ist ja nur etwas, das die Leute, die von Bestechung leben, dir erzählen, so oft sie dich noch mehr plündern wollen.“

„Aber dann dürfen wir nicht mehr für die Männer stimmen, die von Bestechung leben“, errieferte Billy sich. „Wenn wir ehrliche Männer wählten, würden sie auch ehrlich gegen uns sein.“

„Ich wünschte, du kämest manchmal zu unseren Versammlungen, Billy“, sagte Tom ernst. „Wenn du das tätest, würden dir die Augen geöffnet werden, und du würdest bei der nächsten Wahl für die Sozialisten stimmen.“

„Nein, das tue ich nicht, darauf kannst du Gist nehmen“, erklärte Billy. „Ich laufe nicht zu Sozialistenversammlungen, ehe sie gelernt haben, wie weiße Männer zu reden.“

Bert summte: „Wir leben in einer komischen Zeit, In der der Dollar rollt.“

Mary war zu zornig auf ihren Mann wegen des Streiks und seiner kezerischen Bemerkungen, um sich weiter mit Saxon zu unterhalten, die deshalb darauf angewiesen war, der Diskussion der Männer zuzuhören.

„Aber wie soll das alles enden?“ fragte sie mit einer Unbesorgtheit, welche die Angst in ihrem Herzen verdecken sollte.

„Enden?“ knurrte Bert. „Es ist ja schon vorbei.“

„Aber Fleisch und Petroleum sind schon wieder gestiegen“, sagte sie empört. „Und Bills Lohn ist herabgesetzt und der Lohn der Eisenbahner auch voriges Jahr. Es muß etwas geschehen.“

„Es ist nichts zu tun, als wie der Teufel zu kämpfen“, antwortete Bert. „Kämpfen und kämpfend untergehen. Das ist alles. Wie es auch gehen mag, wir sind erledigt, aber wir wollen doch wenigstens ein bißchen Vergnügen davon haben.“

„So darfst du nicht reden“, sagte Tom vorwurfsvoll.

„Die Zeit, da Reden einen Zweck hatte, ist überhaupt vorbei, alter Wetterhahn. Jetzt heißt es kämpfen.“

„Ja und du hättest große Aussichten gegen reguläre Truppen und Maschinengewehre“, antwortete Billy.

„Ach, ich meine nicht so. Es gibt etwas wie schmierige Stöcke, die mit großem Lärm in die Luft fliegen und Löcher machen. Es gibt etwas, das Schmirgel heißt —“

„Ach so“, fiel Mary ihm ins Wort, die Hände in die Hüften gestemmt. „So, das ist die Meinung. Dazu sollte der Schmirgel in deiner Westentasche also gebraucht werden?“

Ihr Mann ignorierte sie. Tom rauchte seine Pfeife mit besorgtem Ausdruck. Billy war sehr peinlich berührt. Das konnte man ihm ansehen.

„Das machst du doch nicht mit, Bert?“ fragte er, und aus dieser Frage ging deutlich hervor, daß er ein Mein von seinem Freund erwartete.

„Natürlich mache ich mit, wenn du es durchaus wissen willst. Ich möchte sie in der Hölle sehen, wenn ich könnte — ja, die ganze Bande, ehe ich abhaue.“

„Er ist der richtige, blutdürstige Anarchist“, klagte Mary. „Leute wie er sind es, die McKinley und Garfield ermordet haben. Er wird noch gehängt werden. Ja, ihr werdet schon sehen.“

„Es ist sein gewöhnlicher Unsinn“, tröstete Billy sie.

„Er will dich nur necken“, sagte Saxon beruhigend. „Er neckt immer so gern.“

Aber Mary schüttelte den Kopf.

„Ich weiß. Ich höre ihn im Schlafe reden. Er flucht und zieht vom Leder, daß es ganz schrecklich ist, und knirscht mit den Zähnen.“

Tom sagte etwas von Vernunft und Gerechtigkeit, und Bert wandte sich gegen ihn.

„Gerechtigkeit, sagst du, Gerechtigkeit? Ja, das ist auch so ein verfluchtes Hirngespinnst. Soll ich dir zeigen, welche Gerechtigkeit es für die arbeitende Klasse gibt? Erinnerst ihr euch an Forbes — J. Allison Forbes, der das Alta-California-Verwaltungsinstitut ruinierte und zwei Millionen in seine eigene Tasche steckte? Gestern sah ich ihn in einem großen Auto, das geradeaus in die Hölle fuhr. Was hat er bekommen? Acht Jahre. Wie lange hat er gefessen? Nicht einmal zwei. Ihm wurde die Strafe erlassen — aus Gesundheitsrücksichten — ich will ihn gehängt sehen! Wir sind alle tot und verfault, ehe er abfährt. Da! Seht aus dem Fenster! Können ihr die Rückseite des Hauses sehen, wo das Gelände zerbrochen ist? Dort wohnt Danakers Witwe. Sie wäscht für andere. Ihr Mann wurde im Dienst der Eisenbahn getötet. Nicht einen Groschen Schadenersatz — Unvorsichtigkeit, Nachlässigkeit oder sonst ein Quatsch. Das kriegte sie bei den Gerichten heraus. Ihr Junge, Archie, war sechzehn Jahre alt. Er war ein richtiger kleiner Dagabund. Er brach in Fresno ein, und ein Betrunkener kam dabei um. Wollt ihr wissen, wieviel er erwischte? Zwei Dollar und achtzig Cent. Und was verurteilten die Richter ihm? Fünfzig Jahre. Er ist jetzt schon seit acht Jahren in San Quentin. Und dort bleibt er, bis er krepirt. Seine Mutter sagt, daß er Tuberkeln hat — die hat er im Gefängnis gekriegt. Aber niemand verschafft ihm die Freiheit. Ein Kerl wie Archie stiehlt einem Betrunkenern zwei Dollar und achtzig Cent und kriegt fünfzig Jahre dafür. J. Allison Forbes beschwindelt die Alta um zwei Millionen und kriegt nicht einmal zwei Jahre. Wem gehört das Land nun, wenn ich fragen darf? Euch oder Archie. Nein, euch weiß Gott nicht! J. Allison Forbes —“

Städtische Werke, kommunale Anleihen und Beratungsstelle

Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen und Kommunalverbände war dem deutschen Großkapital stets ein Dorn im Auge. Gerade die in der Nachkriegszeit immer stärker zutage tretende Tendenz der Gemeinden, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Verkehrsunternehmungen sowie ähnliche Betriebe in kommunalen Besitz zu bringen und zu erhalten, hat die Kapitalistenklasse als einen unberechtigten Eingriff in ihre Ausbeutungssphäre angesehen und mit allen Mitteln bekämpft. Dieser Kampf nimmt aber in letzter Zeit Formen an, die es notwendig erscheinen lassen, das Augenmerk der gesamten Arbeiterklasse auf diesen Punkt zu richten. — In den ersten Jahren nach der politischen Umwälzung des Jahres 1918 nahm man die vermehrte wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand als eine nicht zu umgehende Konzession an den Gedanken der Gemeinwirtschaft hin. Aber bereits im Jahre 1923, dem Jahre der Hochinflation, versuchte das Großkapital die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden auszunutzen und gemeindliche Werke oder deren Betriebsrechte zu kaufen. Ein typischer Fall aus jener Zeit ist z. B. der Uebergang der Berliner Häfen an die Behala oder deutlicher gesagt: an die Transportfirma Schenker u. Co.

Mögen nun einzelne Kapitalistengruppen zu der Zeit Teilerfolge erzielt haben, der Angriff auf die Hauptgruppe kommunaler Unternehmungen, die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und Verkehrsunternehmungen, wurde abgeschlagen. Aber in den Betrieben, die ihrer Natur nach mehr oder weniger Monopolbetriebe sein müssen, liegen ungeheure Profitmöglichkeiten. Deshalb hat auch das Großkapital den Kampf um diese Ausbeutungsgebiete nie aufgegeben und dabei einen getreuen Helfershelfer in der Person des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gefunden, der es verstanden hat, jeder direkten Auslandsanleihe einzelner Kommunen die größten Schwierigkeiten zu bereiten. Als Mittel zur Erreichung seiner Zwecke diente ihm hierbei die sogenannte Beratungsstelle. Angeblich wurde diese gegründet, um eine Erschütterung der deutschen Währung durch unnötige Inanspruchnahme von Auslandskrediten zu verhindern. Sie hat sich in der Hand des Herrn Dr. Schacht entwickelt zu einem Mittel, der Gemeinwirtschaft jede mögliche Schwierigkeit zu bereiten und dem deutschen Kapitalisten bei seinem Bestreben, die kommunalen Werke unter seinen Einfluß zu bringen, in die Hände zu arbeiten.

Die von Herrn Dr. Schacht in letzter Zeit verhinderten Anleihen des Deutschen Reiches und der Stadt Berlin zeigen, daß es keineswegs darauf ankam, die Inanspruchnahme des amerikanischen Geldmarktes zu verhindern, denn eine Auslandsanleihe bleibt z. B. die Reichsanleihe, ob sie von Dillon Read u. Co. direkt oder von Morgan indirekt durch ein deutsches Bankkonsortium gegeben wird. Und ebenso liegen die Dinge bei der Berliner Anleihe. Höher geworden ist nur der Zinssatz, der an aus- und inländische Kapitalisten für die Hergabe des Geldes gezahlt werden muß. Offen gezeigt hat sich bei alledem die eine Tatsache, daß Herr Dr. Schacht und das hinter ihm stehende deutsche Großkapital das Zustießen ausländischen Kapitals an privatkapitalistische Unternehmungen begünstigen, während die Gemeinden und öffentlichen Körperschaften von der direkten Fühlungnahme mit den ausländischen Geldgebern ausgeschaltet werden sollen.

Diese Tendenz ist nicht neu. Für den kommunalpolitisch interessierten Arbeitervertreter war sie schon vor Monaten deutlich sichtbar. Sie stand auch im engsten Zusammenhang mit dem Vorstoß der großindustriellen Deutschen Volkspartei, der eine rückwärtslose Besteuerung der öffentlichen Betriebe zum Ziele hatte.

Bereits in einem von mir im Juni 1929 geschriebenen Artikel: „Die Finanznot der Gemeinden und ihre Auswirkung auf die kommunalen Wirtschaftsbetriebe“ kam ich zu folgendem Schluß: „Wenn die deutschen Kapitalisten zurzeit ein Interesse daran haben, die deutschen Gemeinden vom Auslandsgeldmarkt abzuordnen, so haben die Arbeiter zweifellos das gegenteilige Interesse, und wo sich die Möglichkeit bietet, Anleihen im Auslande zu annehmbaren Bedingungen zum Zwecke der Abdeckung schwebender Schuld oder direkt für die Erweiterung kommunaler Betriebe aufzunehmen, kann dies von uns durchaus unterstützt werden.“

Mit diesen Feststellungen aber kommen wir zum Kernpunkt der Frage. Es genügt durchaus nicht, die Richtung, die der Klassengegner für seinen Vorstoß gewählt hat, klar zu erkennen, sondern man muß ihm mit allen Mitteln, die der Arbeiterklasse zur Verfügung stehen, entgegenzutreten. Hierbei kann man sowohl parlamentarische als außerparlamentarische Kampfmittel in Anwendung bringen. Für die Notwendigkeit dieses Kampfes ist es

auch verhältnismäßig nebensächlich, ob ein Teil der Arbeiterklasse die kommunalen Betriebe bereits als Keimzellen der sozialistischen Wirtschaft ansieht und ein anderer Teil diese Auffassung nicht teilt. In jedem Falle handelt es sich darum, eine wirtschaftliche Machterweiterung des Großkapitals zu verhindern, die auch politisch nicht ohne Auswirkung bleiben kann.

Die durch die Politik der Beratungsstelle sinnlos gesteigerte Finanznot der deutschen Gemeinden wird die Gemeindekörperschaften vor ernste Aufgaben stellen, und die deutsche Arbeiterklasse hat alle Ursache, mit offenen Augen darüber zu wachen, wie diese Probleme durch die von ihr gewählten Vertreter gelöst werden.

Die gesteigerten Anforderungen an die Gas- und Elektrizitätserzeugung, die dringend notwendige Vermehrung der Verkehrsmittel bedingen Neubauten oder die Erweiterung vorhandener Anlagen, bedingen die Beschaffung neuer Betriebsmittel: alles Aufgaben, die ohne Aufnahme von Anleihen nicht zu lösen sind. Dabei handelt es sich hier für die Gesamtheit der deutschen Gemeinden um Summen, die mehrere Milliarden ausmachen dürften. Kein vernünftiger Finanzpolitiker oder Werkfachmann wird aber ernstlich behaupten können, daß derartige Ausgaben aus den laufenden Betriebseinnahmen der Werke bestritten werden können.

Die deutsche Arbeiterklasse aber hat ein starkes Interesse an der Erfüllung der hier gezeigten Aufgaben. Ein Unterlassen der Ausbauten kommunaler Betriebe, die Nichtbeschaffung der erforderlichen Betriebsmittel würde die in diesem Winter schon erschreckend hohe Kurve der Arbeitslosigkeit weiter ansteigen lassen und dies nicht nur durch die Nichteinstellung der sonst direkt mit den Neubauten beschäftigten Arbeiter, sondern auch durch die dadurch verursachte Minderbeschäftigung der liefernden Industrien. Aber der Arbeiter hat auch darüber hinaus ein Interesse daran, noch Fertigstellung neuer Verkehrsmöglichkeiten in kürzerer Zeit und mit besseren Verkehrsmitteln von seiner Wohnung zur Arbeitsstelle zu gelangen. Auch an dem kulturellen Fortschritt, der in der weiteren Ausdehnung des Gas- und Elektrizitätsverbrauchs liegt, ist er nicht nur vom Gesichtspunkt der Schaffung weiterer Arbeitsmöglichkeit interessiert, sondern auch als Verbraucher. Es ist für ihn keineswegs gleichgültig, ob er sich weiterhin mit primitiven Heizungs- oder Beleuchtungsmethoden behelfen muß oder nicht. Zudem sind gesteigerte Kulturbedürfnisse ein mächtiger Ansporn zum Kampf für die Besserung seiner Lebenslage.

Für manche Städte, deren rasches Wachstum eine besonders starke Investierung neuen Kapitals bedingt, kann die Abdrängung vom Auslandsgeldmarkt direkt zu einer Katastrophe werden. Es sei hier nur auf Berlin mit seinen vielen im Bau befindlichen neuen Untergrundbahnlinien hingewiesen. Wenn es nicht gelingt, die zur Fertigstellung der Bauten notwendigen Mittel herbeizuschaffen, sind die Dinge, die bisher fertiggestellt wurden, sinnlos in die Erde verpulverte Millionen. Mit Mitteln aber, die im Verhältnis zum Wert der Gesamtlage geringfügig sind, läßt sich eine moderne Verkehrsanlage herstellen und werden auch die bereits geschaffenen Anlagen verbundene Werke.

Das alles wissen die Führer der kapitalistischen Wirtschaft genau. Sie versuchen mit allen Mitteln, nicht zuletzt durch ihren getreuen Schildknappen, Herrn Schacht, auf dem Wege über die Beratungsstelle die Finanznot der Gemeinden zu steigern, um die städtischen Betriebe oder Teile davon für ein Butterbrot zu erwerben. Es ist durchaus nicht zufällig, wenn deutsche Bankinstitute für die Gewährung kurzfristiger Kredite die Lombardierung von Aktienpaketen verlangen, die sich in der Hand der Gemeinden befinden. D. h. an dem Tage, an dem es einer Gemeinde nicht möglich ist, eine derartige kurzfristige Anleihe pünktlich zurückzuzahlen, haben sie das Recht, sich an den verpfändeten Aktien schädlos zu halten. Sie selbst oder ihre Hintermänner werden Eigentümer der bisher der Kommune gehörenden Aktien. Solche Fälle sind aber infolge der von Herrn Schacht verantwortlich gezeichneten Finanzpolitik der Beratungsstelle nicht nur möglich, sondern sie müssen beinahe zwangsläufig eintreten.

Es führen aber auch für die Finanzgewaltigen viele Wege nach Rom. Der eben geschilderte ist nur einer davon. In anderen Fällen wird das deutsche Großkapital nur geneigt sein, das zur Erweiterung städtischer Betriebe notwendige Kapital herzugeben, wenn ihm Anteile (Aktien) der in Frage kommenden Werke oder Verpachtung oder Verkauf der Werke zugesichert werden.

Dabei besteht durchaus die Möglichkeit, daß die deutschen Kapitalisten diese Aktion durchführen mit demselben Gelde, das auch der Kommune für eine Anleihe zur Verfügung gestanden

hätte; denn Bankinstitute oder industrielle Großkonzerne können sich auf dem Auslandsmarkt Mittel verschaffen, ohne dabei durch den Herrn Reichsbankpräsidenten gehindert zu werden.

So liegen die Dinge. Und dieser Situation muß man ruhig und klar gegenüberstehen. Es gilt, den Klassengegner dort zurückzuschlagen, wo er angreift; jede Möglichkeit, bestehende Gegenstände im kapitalistischen Lager auszunutzen, muß ergriffen werden. Wo sich Gelegenheit bietet, eine Inlands- oder Auslandsanleihe zu annehmbaren Bedingungen für die oben geschilderten Zwecke hereinzunehmen, muß jeder wirkliche Anhänger des kommunalen Betriebes dieser Anleihe zustimmen. Es wird sich aber in der Hauptsache nur um Auslandsanleihen handeln. Und deshalb muß der Widerstand der Beratungsstelle unter allen Umständen und mit

allen Mitteln gedrohen werden. Die Arbeiterklasse muß die Kraft aufbringen, Herrn Schacht zu beseitigen, wenn er hindernd im Wege steht.

Derjenige aber, der sich in dieser Situation der Aufnahme notwendiger Anleihen für die Gemeinden entgegenstemmt, obwohl er als Arbeitervertreter gewählt wurde, leistet dem planmäßig organisierten Vorstoß des Großkapitals Hilfeleistung. Gleichgültig, aus welchen Gründen heraus er handelt. Objektiv hilft er den Machtbereich des privaten Unternehmertums erweitern. Objektiv stärkt er die Kräfte, die der Arbeiterklasse hinderlich gegenüberstehen. — Für die Arbeiterschaft aber heißt es wachsam sein. Die Kapitalisten spielen um hohen Preis. Organisiert die Abwehr! **Hermann Eck.**

Zehn Jahre Betriebsrätegesetz

Das vor drei Jahren geschaffene Arbeitslosenversicherungs-gesetz ist für die Arbeitnehmer gewiß von ungeheurer Wichtigkeit, angesichts der großen Notlage, in der sich Hunderttausende von Erwerbslosen befinden, nicht minder wichtig aber ist für die Arbeiter und Angestellten das Betriebsrätegesetz. Dieses Gesetz allein gibt die Möglichkeit, aktiv in den Arbeitsprozeß, in den Gang des Unternehmens einzugreifen, Ratschläge für eine bessere Betriebsführung zur Diskussion zu stellen, im Interesse der Arbeitnehmerschaft Durchführung von Schutzmaßnahmen zu verlangen und an maßgebender Stelle die Wünsche der Arbeiterschaft zu vertreten. Das Gesetz hat den Betriebsräten einen so großen Aufgabenkreis zugewiesen, daß es nicht nur eines ernststen Willens, sondern auch eines umfangreichen Wissens bedarf, wenn sie ihren Aufgaben gerecht werden wollen.

Am 4. Februar 1920 wurden mit der Bildung von Betriebsräten gesetzlich anerkannte Vertreter der Arbeitnehmer den Arbeitgebern gegenüber geschaffen, ein Vorgang von so einschneidender Bedeutung, daß er schon wert ist, auch in seiner Entwicklung in Erinnerung gerufen zu werden.

Die Revolution von 1918 hatte bei allen Arbeitnehmern, also auch bei den Beamten, den schon lange gehegten Wunsch, im Betrieb ein Mitbestimmungsrecht zu haben, begünstigt durch die gewerkschaftliche und politische Bewegung, laut werden lassen, und die Umsetzung dieser alten Forderung in die Tat war in jenen Tagen nicht nur eine politische, sondern auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Die Arbeiter und Angestellten erhielten das Betriebsrätegesetz.

Dem Drängen der Beamten, die gestützt auf den Artikel 130 Abs. 3 der Reichsverfassung die Einrichtung von Beamtenvertretungen verlangten, wurde in einem „Entwurf zu einem Gesetz über die Beamtenvertretungen“, der dem Reichstag im Juni 1921 vorgelegt wurde, nachgegeben. Der Entwurf wurde allerdings nicht Gesetz, und erst in unseren Tagen, nachdem also die Arbeiter und Angestellten schon zehn Jahre ihr Betriebsrätegesetz haben, soll auch die Forderung der Beamten verwirklicht werden.

Die Anläufe zum Betriebsrätegesetz gehen bis in die Zeit von 1848 zurück, in der die Frankfurter Nationalversammlung einen Gesetzentwurf zur Gewerbeordnung veriet, der obligatorisch Fabrik-Ausschüsse vorsah. Die mehr und mehr sich durchsetzenden demokratischen Gedanken veranlaßten hier und da private Unternehmer, Arbeiterausschüsse zu bilden. Den Anstoß zur gesetzlichen Regelung dieser Frage gab aber erst der Bergarbeiterstreik im Jahre 1889. Wilhelm II. glaubte damals mit einer Bitte an die Grubenbarone: „den Arbeitern Gelegenheit zu geben, ihre Wünsche vorzutragen“, sein Bestes getan zu haben.

Der Entwurf zur Gewerbeordnung von 1890 sah obligatorische Arbeiterausschüsse vor. Das beschwor aber einen Sturm im Unternehmerlager herauf, und mit der Motivierung, daß über die Arbeiterausschüsse die Sozialdemokratische Partei weiter an Einfluß gewinnen würde, erreichten sie, daß bei Verabschiedung des Gesetzes die Einrichtung der Arbeiterausschüsse nur fakultativen Charakter trug und so überhaupt zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken war.

Historisch betrachtet ist aus unserem engeren Verbandsleben interessant, daß die Stadtverwaltungen sich gegenüber der Bildung von Arbeiterausschüssen da nicht ablehnend verhielten, wo die Gewerkschaftsorganisation der Gemeindegewerkschaften mehr und mehr an Boden gewann, wie das z. B. in Stuttgart und an anderen Orten der Fall war. Man hoffte, mit den Arbeiterausschüssen das Eindringen der Gewerkschaften zu verhindern oder doch zu erschweren. Von zwei Uebeln erschienen den Arbeitgebern die Arbeiterausschüsse immer noch das geringere zu sein.

Ueber ein Viertelhundert lang blieben jedoch die Arbeiter-

ausschüsse trotz allem eine Halbbheit. Eine grundsätzliche Wandlung in der Entwicklung zu den Betriebsräten brachte der Krieg, der in so mancher Beziehung neben dem Bösen doch auch etwas Gutes schuf. Das Hilfsdienstgesetz vom 5. Dezember 1916 schrieb die Errichtung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen in Betrieben von mehr als 50 Arbeitern vor. Diese Ausschüsse hatten die Pflicht, das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft und mit dem Arbeitgeber zu fördern und Anträge, Wünsche und Beschwerden, die sich auf Betriebseinrichtungen, Lohn- und Arbeitsverhältnisse bezogen, dem Arbeitgeber gegenüber zu vertreten.

Ueber das Hilfsdienstgesetz hinausgehend, bestimmte die nach der Revolution erlassene Verordnung vom 23. Dezember 1918, daß für alle Betriebe und Verwaltungen des öffentlichen und privaten Rechts mit mindestens 20 Arbeitern oder Angestellten Ausschüsse zu errichten sind mit der Aufgabe, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und Verwaltungen den Arbeitgebern gegenüber wahrzunehmen.

Einen neuen Anstoß erhielt die Entwicklung durch die Reichsverfassung vom 11. August 1919, die in ihrem Artikel 157 die Arbeitskraft unter den besonderen Schutz des Reiches stellt und im Artikel 165 folgendes ausführt:

„Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt. Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebs-Arbeiterräten sowie in nach wirtschaftlichen Gebieten gegliederten Bezirks-Arbeiterräten und im Reichsarbeiterrat.“

Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat vertreten zur Ergänzung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungs-gesetze mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligten Volkstrassen zu Bezirkswirtschaftsräten.

Verbandsmitglieder!

beginnt mit den Vorbereitungen zur Wahl der Betriebsvertretungen!

Der neue Wahlvorstand ist durch den Betriebsrat zu wählen. Im Kleinbetriebe bestimmt der Betriebsobmann einen Wahlleiter. Erfüllen diese ihre Pflicht nicht oder war überhaupt bisher keine Betriebsvertretung vorhanden, so ist der Arbeitgeber aufzufordern, einen Wahlvorstand bzw. Wahlleiter zu bestellen. Im Weigerungsfalle verständigt euch sofort mit eurer Ortsverwaltung, damit das Arbeitsgericht angerufen wird. Als Kandidaten dürfen nur

freigewerkschaftlich organisierte Belegschaftsmitglieder

aufgestellt werden. Verbandsmitglieder dürfen sich nicht auf sogenannte politische Listen aufstellen lassen. Ebenso scheidet Unorganisierte und ge.nerische Organisationen für uns aus.

Sichert euch euren Einfluß in der Betriebsvertretung durch rechtzeitige Einreichung der Vorschlagslisten und volle Beteiligung an der Wahl! Kein zur Wahl berechtigter Betrieb darf fehlen!

Alle zutreffenden Maßnahmen sind in engster Verbindung mit der zuständigen Ortsverwaltung des Gesamt-Verbandes einzuleiten.

und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammen. Die Bezirkswirtschaftsräte und der Reichswirtschaftsrat sind so zu gestalten, daß alle wichtigen Berufsgruppen, entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung darin vertreten sind."

Der Artikel nimmt weiter Bezug auf die Tätigkeit des Reichswirtschaftsrates und auf die Übertragung von Kontroll- und Verwaltungsbefugnissen an die Arbeiter- und Wirtschaftsräte.

In Auswirkung dieses Artikels und auf das Drängen der Gewerkschaften hin wurde im Kampf um das Mitbestimmungsrecht das Betriebsrätegesetz geschaffen, das für die Arbeitnehmer wichtigste Gesetz der Nachkriegszeit.

Das BRG. ist bis heute das einzige im Artikel 165 der RD. vorgesehene Reichsgesetz, und damit ist der Aufbau des Wirtschaftsratesystems in seinen Anfängen stecken geblieben. Weder die Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft ist durch die Errichtung der weiter vorgesehenen Bezirksarbeiterräte und des Reichsarbeiterrats zur Vollendung gekommen, noch die gemeinsame Vertretung der Unternehmer und der Arbeitnehmer „zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben“ in Bezirkswirtschaftsräten und im Reichswirtschaftsrat. Der durch Verordnung vom Mai 1920 ins Leben gerufene „Vorläufige Reichswirtschaftsrat“ wartet noch immer auf seine gesetzliche Bestätigung.

Wenn wir heute, nach zehn Jahren, ganz summarisch die Tätigkeit der Betriebsräte überblicken, müssen wir feststellen, daß mancherorts mehr hätte geschehen können. Gewiß hat es am guten Willen nicht gefehlt und mancher versuchte, durch Hebereifer sein mangelhaftes Wissen auszugleichen, aber es zeigt sich doch, daß ein ernstes Eindringen in die Betriebswirtschaft notwendig ist, wenn der Betriebsrat ernsthaft genommen werden will, und auch im Aufsichtsrat darf er nicht nur Statist sein.

Die Entwicklung der Betriebsräte ist durchaus zweifelhafte, und wenn mancherorts trotz besserer Einsicht dem Drucke radikaler Arbeitermassen mehr nachgegeben wurde als im Interesse des Betriebes und der Arbeiter gut war, wird von andern Unternehmen und Großbetrieben, besonders aber solchen ködtischer Natur, die Tätigkeit der Betriebsräte für beide Teile als wertvoll bezeichnet. Viele Fälle sind bekannt, in denen auf Anregung von Betriebsräten ganze Betriebszweige reformiert wurden, und doch sind auch heute noch viele Betriebe ohne eine gesetzliche Arbeitnehmervertretung, was nicht immer nur auf den Widerstand der Arbeitgeber zurückzuführen ist.

Das BRG. geht in seinem Grundgedanken auf ein Zusammenwirken der Betriebsvertretungen mit den Gewerkschaftsorganisationen zurück, und die Praxis hat gezeigt, daß das Verhältnis der Betriebsvertretungen zu den Gewerkschaften von entscheidender Bedeutung ist. Wenn auch die Betriebsräte durch das Gesetz in ihrer Handlungsfreiheit unabhängig sind von den Gewerkschaften, so zeigt sich doch, daß sie ohne diese ihre Aufgaben kaum erfüllen können. An den Gewerkschaften müssen deshalb die Betriebsvertretungen ihren Halt suchen, und darum ist der Leitgedanke: Betriebsräte und Gewerkschaften und nicht: Betriebsräte oder Gewerkschaften. Wenn das zukünftig in der Praxis mehr beachtet wird als seither, und wenn vor allen Dingen die Betriebsräte von der Möglichkeit, ihr Wissen zu erweitern, mehr Gebrauch machen, so wird auch aus dem für unsere Begriffe doch noch etwas unzulänglichen BRG. für die Arbeitnehmerschaft das Bestmögliche herauszuholen sein. F z i h.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Eine starke Kundgebung für die öffentliche Wirtschaft war der außerordentliche Bezirksparteitag der Berliner Sozialdemokratie am 26. Januar. Stadtkämmerer Dr. Bruno Asch, Frankfurt a. M., referierte über: „Die Finanznot der Gemeinden“. Er deckte die Ursachen der bestehenden Finanznot auf, verwarf die kurzfristigen Kredite, forderte langfristige Auslandsanleihen, Aufhebung der kommunalen Anleiheberatungsstelle, Beseitigung Schachts als Reichsbankpräsidenten und trat ein für Erhaltung der öffentlichen Betriebe im kommunalen Besitz. Unter den zahlreichen Diskussionsrednern befanden sich Stadtverordnetenvorsteher Haß, der stellvertretende Stadtkämmerer, Stadtsyndikus Lange, die Reichstagsabgeordneten Aufhäuser und Crispian, Landtagsabgeordneter Harnisch usw., die sich alle gegen die Entkommunalisierungsbestrebungen des Privatkapitalismus wandten. Haß und Lange waren es insbesondere, die die Ursachen der Berliner Finanznot darlegten und sich gegen die Lügenbehauptung der bürgerlichen Presse wandten, wonach Berlin kreditunfähig sei. Lange bewies das Gegenteil am besten durch die Mitteilung, daß „Berliner Privatbanken in den letzten acht Tagen der Stadt Kredite in Höhe von

84 Millionen Mark gewährt haben. Aufhäuser war der Ansicht, daß indirekte Steuern auch in Zukunft nicht vermeidbar sind, daß diese Steuern dann aber im wesentlichen für sozialpolitische Zwecke verwendet werden müssen. Der Bezirksstag faßte seine Forderungen zur Beseitigung der Finanznot in folgender Entscheidung zusammen:

Die Fikde sozialdemokratischer Kommunalpolitik benutzen die Finanzschwierigkeiten der Stadt Berlin zu einem Vorgehen gegen die kommunale Selbstverwaltung. Gegen dieses demagogische Treiben politischer Gegner erhebt der außerordentliche Bezirksparteitag schärfsten Protest. — Die gegenwärtige Finanznot Berlins ist zurückzuführen

- auf die gewaltig gesteigerten sozialen Lasten einer Millionenarbeiterschaft mit einer darunter hohen Erwerbslosigkeit,
- auf die gewaltig durch die Reichsbankpolitik des Herrn Dr. Schacht erfolgte Abkühlung vom Auslandskapitalmarkt,
- auf die Benachteiligung der Gemeinden, besonders der Stadt Berlin bei dem Finanzausgleich zwischen Ländern und Gemeinden.

Der Bezirksparteitag verkennt nicht den großen Fehler, daß für eine avertlemenswerte großzügige Verkehrs-, Boden- und Kulturpolitik nicht die erforderliche finanzielle Sicherung erfolge. — Der Druck der kurzfristigen Anleihen führte bei allen Gemeinden zu Kassenstwierigkeiten. Dennoch kann nicht übersehen werden, daß die jetzige Kassenerschöpfung Berlins zu vermeiden gewesen wäre. Die erforderlichen Maßnahmen hätten vom Magistrat, insbesondere vom dem Oberbürgermeister und dem Kämmerer, deren die Führung der Finanzverwaltung oblag, getroffen werden müssen. — Der Bezirksparteitag verfährt sich nicht der Einsicht, daß durch Sparmaßnahmen die Finanzen der Stadt entlastet werden. Solche Sparmaßnahmen können aber weder durch schamatische Strichungen noch durch statische Eingriffe erzielt werden. — Sie haben sich zu erstreben

- auf die Herabsetzung der hohen Gehälter der Direktoren und anderer leitenden Beamten der ködtischen Gesellschaften,
- auf die Verminderung aller Luxusausgaben für Feste und Repräsentationszwecke,
- auf den Abbau sämtlicher überflüssigen bürokratischen Einrichtungen.

Diese Sparmaßnahmen dürfen nicht notwendige, soziale und kulturelle Einrichtungen treffen. Sie dürfen vor allen Dingen nicht eine weitere Verminderung von Arbeiten auf dem Gebiete des Hoch- und Tiefbaus und dadurch neue Arbeitslosigkeit und neue soziale Belastung herbeiführen. Die Sozialdemokratische Partei hält es bei der allgemeinen Not weiteßer Kreise der arbeitenden Bevölkerung für unerträglich, allein durch Erhöhung der Latiz- und Steuerlasten die Finanzen der Stadt Berlin zu bessern zu wollen. — Der Bezirksparteitag fordert, daß die durch den Finanzausgleich hervorgerufene stärkere Verschuldung der Gemeinden durch reichsgesetzliche Maßnahmen und durch Eröffnung des ausländischen Kapitalmarktes behoben wird. Reichstag und Landtag sowie Reichs- und Staatsregierung werden dringend ersucht, der Stadt Berlin den Anteil aus dem Finanzausgleich in einer Weise zu erklären, die der Bedeutung der kommunalen Aufgaben Berlins entspricht. — Diese Maßnahmen, zusammen mit einer rationalen Sparswirtschaft und einer sozialen gemeindlichen Steuerpolitik, werden die Stadt Berlin allein wieder auf gesunde finanzielle Fundamente stellen. — Der Bezirksparteitag ist davon überzeugt, daß trotz aller augenblicklichen Schwierigkeiten und trotz der trübenden, schwebenden kurzfristigen Schuld der Vermögensland der Stadt Berlin, die Opferwilligkeit und der Lebenswille seiner arbeitenden Bevölkerung den Optimismus für eine gesunde aufsteigende Entwicklung rechtfertigen. — Die Sozialdemokratische Partei ist bereit, entsprechend ihrer Stärke und ihrer Bedeutung in dem kommunalen Leben Berlins, für diesen Weg kraftvoll die Führung zu übernehmen, um zu verhindern, daß sich das Privatkapital der öffentlichen Wirtschaft bemächtigt.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Schafft Arbeit! Eine Konferenz der Vorstände der SPD. und der Spitzenverbände der freien Gewerkschaften am 21. Januar verlangt Forderung der Kapitalzufuhr aus dem Auslande, beschleunigte Auftragsvergebung von Reichsbahn und Reichspost, Sicherstellung des Sozialbedarfs für Erwerbslosenunterstützung und Neuregelung der Krisenfürsorge, um die Finanznot der Städte und die Arbeitslosigkeit zu beheben.

Der Eintritt der Demokraten in der württembergische Bürgerblockregierung Holz-Bazille hat zur Folge gehabt, daß der Ehrenvorsitzende der Deutschen Demokratischen Partei, der 83jährige Bischof a. D. Friedrich Bayer mit seiner Familie aus der Partei ausgestiegen ist.

Die Konferenz im Haag ist am 20. Januar zu Ende gegangen. Eine Zusammenfassung des Ergebnisses findet der Leser in dem heutigen Artikel „Randbemerkungen“.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten stellte sich im Durchschnitt des Monats Dezember 1929 in der Gesamtbelastung auf 152,6. Im Monat November betrug sie 153,0.

Seebrückungskonferenz. In London wurde am 21. Januar eine Konferenz der Seemächte durch den englischen König eröffnet, die eine Verständigung über die Einschränkung der Seeleistungen erregen soll. Deutschland ist auf dieser Konferenz nicht vertreten. Zum Vorsitzenden der Konferenz wurde der englische Ministerpräsident MacDonald gewählt.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Arbeitslosigkeit und Gewerkschaften. Die „Rote Fahne“ ist plötzlich aufgewacht. Sie hat entdeckt, daß sich keiner soviel Sorge um die Arbeitslosen macht wie die freien Gewerkschaften. Daß die KPD. es so spät entdeckte, ist nicht die Schuld der „Sozialfaschisten“, denn wenn es um die Wahrnehmung der Interessen der Erwerbslosen, um die Abstellung der Ursachen der Erwerbslosigkeit geht, können sich die Wege der Kommunisten und der Gewerkschaften niemals treffen. Die Gewerkschaften wissen, daß mit der Heße gegen alles, das nicht in Moskau abgestempelt ist, den Arbeitslosen nicht zu helfen ist. Die Gewerkschaften müssen es ablehnen, die Arbeitslosen in Gewalttätigkeiten zu verstricken, die weder Arbeitsmöglichkeit schaffen noch die Notlage der Erwerbslosen lindern. Immer deutlicher wird es, daß die Arbeitslosigkeit nicht auf eine der im Wesen des Kapitalismus liegenden Wirtschaftskrisen zurückzuführen ist. Jeder Tag bringt einen Beweis mehr, daß die Produktion 1929 nicht nur die Höhe des Vorjahres erreichte, sondern in vielen Fällen darüber hinausging. Bei dem heutigen Stand der Technik setzt die Wiedereinschaltung von drei Millionen Erwerbslose einen Aufschwung der Wirtschaft voraus, auf den wir in den nächsten Jahren kaum rechnen können. Selbst wenn wir in Rechnung stellen, daß die skandalöse Kreditdrosselung mindestens eine Million Arbeiter auf die Straße brachte, die über kurz oder lang wieder in den Produktionsprozeß eingeschaltet werden, so bleibt es dennoch unerträglich, daß die kapitalistische Wirtschaft Millionen Arbeitern nebst Angehörigen unzweideutig sagt: ihr seid überflüssig. Es kann nicht verwundern, daß der Leute immer mehr werden, die dagegen das wahre Wort setzen: Eine Wirtschaftsform, die nicht alle Deutschen ernähren kann, hat keine Existenzberechtigung. Wirtschaft ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck, allen Menschen eine menschenwürdige Existenz zu sichern. — Immer mehr ringen sich deshalb drei Forderungen durch: Vermeidet Ueberstunden, streckt die Arbeit und als wichtigstes, verkürzt die Arbeitszeit! Fast alle Gewerkschaftszeitungen vertreten diese Forderungen. Wenn man bedenkt, daß selbst in diesem Winter ohne Frost die einzelnen Sparten des Baugewerbes eine Arbeitslosigkeit von 50 bis 60 Proz. haben — nicht zuletzt als Folge der ruinösen Kreditdrosselung —, dann wird es geradezu unverständlich, daß die „Nationalliberale Korrespondenz“ keinen anderen Ausweg sieht, als den hungern den Einschränkung ihrer Bedürfnisse zu empfehlen. Dieser „Ausweg“ beweist, daß die Arbeiter von bürgerlicher Seite keine Hilfe zu erwarten haben. Soweit die Unternehmer mit der augenblicklichen Lage überhaupt unzufrieden sind und eine Änderung erstreben, die auch den Arbeitsmarkt entlastet, handelt es sich um Leute, die am eigenen Leibe die Schärfe, die Zweischneidigkeit der Kreditperre erfahren. Nicht zuletzt geht diese Opposition von der Bauindustrie aus. Wir können im eigenen Interesse nur jede Aktion zur Belebung des Baumarktes eifrig unterstützen, denn abgesehen davon, daß die Bauindustrie zwanzig anderen Gewerbezweigen Arbeit verschafft, bedeutet ein Durchbrechen der Kreditperren zugunsten des Baumarktes eine Rettung der städtischen Betriebe vor den Räuberhänden des Privatkapitalismus. Die großen Gemeinden sind die größten Bauherren. Es ist den Feinden der städtischen Betriebe nicht gelungen, die Verteidiger des Gemeinwohls zu überrennen. Wohl aber dürfte die Zahl der Unternehmer wachsen, die im Rezept des „Reichsverbandes der Industriellen“ mehr als ein Haar gefunden haben. Wir erhalten Zugang; das bedeutet, die Krise auf dem Arbeitsmarkt hat ihren Höhepunkt erreicht.

Der Buchdruckerverband verlängerte die am 25. Januar abgelaufene Notstandsbeihilfe für ausgesteuerte Arbeitslose bis zum 29. März. Für die gleiche Zeit wird von jedem Vollarbeiter ein wöchentlicher Extrabetrag von 10 Pf. erhoben.

Einen Kartellvertrag haben der Fabrikarbeiterverband und der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter abgeschlossen, um die Grenzstreitigkeiten auszuräumen. In der Hitze des Gefechts ist dabei auch über Arbeiter verfügt, für die der Gesamt-Verband zuständig ist. Der Schönheitsfehler wird sich verbessern lassen.

Aus unserer Bewegung

Bonn-Ahrweiler. In der ersten Generalversammlung der Verwaltungsstelle Bonn am 13. Januar referierte Kollege Heintz, Köln, über die Bedeutung und den Umfang der Verschmelzung. Die von den beiden früheren Vorständen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter und des Deutschen Verkehrsbundes in einer vorausgegangenen gemeinsamen Sitzung zusammengestellte

Dorschlagsliste des neuen Ortsvorstandes, wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Der Vortrag des Kollegen Rose über die neuen Satzungen mit besonderer Unterstreichung der Verbandsgliederung, Aufbringung der Mittel und Unterstützungsneuerungen, schloß mit einer lebhaften Debatte, insbesondere über den Wert der Invalidenzsicherungskasse. Sie wurde nach Klärung verschiedener Mißverständnisse als eine begrüßenswerte Einrichtung anerkannt. — Durch die neue Abgrenzung der Filialgebiete im Gesamt-Verband wurde die Zahlstelle Ahrweiler der Verwaltungsstelle Bonn angeschlossen. Die erste Versammlung dieser Zahlstelle am 14. Januar wählte einstimmig ihren Ortsvorstand. Unsere Kollegen in Ahrweiler, die reiflos unserer Organisation angehören, erfreuen sich eines regen Besuchs der Angestellten der christlichen Organisation. Ihre Werbetätigkeit, die sich auf Haus- und Betriebsagitation erstreckt, war noch jedesmal von negativem Erfolg. Mit Redensarten, wie „Ein christlicher katholischer Arbeiter kann keiner sozialdemokratischen Organisation angehören“ oder „Als Vater katholischer Kinder, der die christliche Erziehung in den Vordergrund zu stellen hat“ usw. versuchen sie die seit 1919 bei uns organisierten Gemeindearbeiter für sich zu gewinnen. Wir erinnern uns noch des Agitationsversuchs des Bonner christlichen Angestellten, der vom Wirtschaftsbetriebsleiter Heintz überrascht das Feld räumte mit dem Bemerkens: „Wenn du hier bist, habe ich ja nichts mehr zu suchen“. Die Aussichtslosigkeit seiner Werbetätigkeit einsehend, hat er seine Versuche eingestellt und diese an seinen Koblenzer Kollegen abgetreten. Die Zurechtweisung, die sich dieser von den Ahrweiler Kollegen gefallen lassen mußte, sich nur nicht einzubilden, ein fertiges Bett belegen zu können, wird auch ihm eine Lehre sein für seine zukünftige Haltung. Bemerkenswert ist, daß diese Helden ihr Hauptgewicht in ihrer Agitation immer auf den Beitragsunterschied zwischen ihrer und unserer Organisation legen. Sie wollen unter allen Umständen der „billige Jakob“ sein.

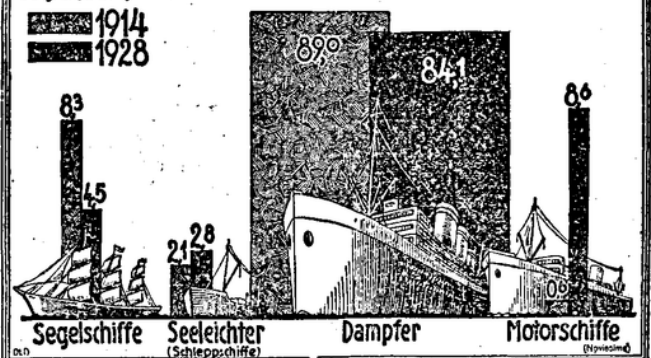
Lüneburg. In der Generalversammlung am 12. Januar 1930 schilderte Kollege Gerhard die Entwicklung und die Lohn- und Tarifikämpfe des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter in den letzten zehn Jahren. Dann gab er den Jahresbericht 1929 der Filiale Lüneburg des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Die Filiale schloß am 31. Dezember 1929 mit einem Mitgliederstand von 409 ab. Zurzeit sind fast alle Gemeindearbeiter in Lüneburg organisiert. Kollege Brand (Hannover) referierte dann über die Invalidenunterstützung des Gesamtverbandes. Den Jahresbericht der Ortsverwaltung des Verkehrsbundes gab Kollege Bergen. Der Verkehrsbund verzeichnete am 31. Dezember 1929 144 Mitglieder. Es folgte dann der Kassenbericht des Kollegen Herr über das vierte Quartal 1929 der Filiale des DGS. Der Vermögensbestand betrug am Jahresschluß 1142,89 Mark. In die neue Ortsverwaltung wurden gewählt: 1. Vorsitzender Gerhard (DGS), 2. Vorsitzender Burmeister (DVB), 1. Kassierer Herr (DVB), 2. Kassierer Scholz (DVB), Schriftführer Bergen (DVB). Beschlossen wurde, an jedem zweiten Freitag im Monat eine Versammlung im Volkshaus abzuhalten.

RUNDSCHAU

Welcher Schiffsgattung gehört die Zukunft? Die Erfindung des Schwerölmotors brachte uns die Möglichkeit, brauchbare Motorschiffe zu bauen. So besteht heute schon ein Zwölftel der deutschen Gesamttonnage aus Motorschiffen. Natürlich sind immer noch über vier Fünftel der deutschen Flotte Dampfschiffe, die aber

Welcher Schiffsgattung gehört die Zukunft?

Segler, Dampfer und Motorschiffe in % der deutschen Gesamttonnage



heute auch in moderneren Bauten nur Oelfeuerung verwenden, wie z. B. die „Bremen“ und die „Europa“. Wenn erst die Schwerölmotoren so durchkonstruiert sein werden, daß sie an Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit die Dampfmaschine übertreffen, dann wird man allgemein den Umweg über die Dampferzeugung weglassen lassen und nur noch Schwerölmotorschiffe bauen.

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, des Gesamt-Verbandes, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz.
Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin SO 36, Schleißer Straße 42